

+ FINANZEN STEUERN

SCHÜLERHEFT
2018 | 2019

Grundlagen der Haushalts-, Steuer- und Finanzpolitik



INHALT

Einführung 3



Kapitel 1: Finanzpolitik in Deutschland und das Steuersystem

- » Rund um Steuern: ein Geben und Nehmen 4
- » Steuern mit System 6
- » Föderalismus: Finanzen auf allen Ebenen 9
- » Steuergerechtigkeit: Wer mehr hat, gibt mehr ab 10



Kapitel 2: Einnahmen und Ausgaben des Staates

1 DIE EINNAHMEN

- » Einkommensteuer: Was geht ab vom Lohn? 12
- » Umsatzsteuer: Eine für (fast) alles 14
- » Kfz- und Energiesteuer: ein Beitrag für Straßen und Umwelt 16



Der Bundeshaushalt

18/19



2 DIE AUSGABEN

- » Familienpolitik und Altersvorsorge: Familie und Zukunft 20
- » Bildungspolitik: gute Bildung für alle 22
- » Gesundheits- und Umweltpolitik: fürsorglich und nachhaltig 24



Kapitel 3: Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der Euro

- » Die WWU: Gemeinsame Werte - gemeinsamer Markt 26
- » Der Euro - das Herzstück 27
- » Die WWU: die Zukunft des Euroraums 28
- » Der EU-Haushalt: Europa stärken 29



Kapitel 4: Globale Wirtschafts- und Finanzpolitik

- » Die Welt der Finanzen 30
- » Von Abkommen und Steueroasen 32



Glossar: Einfach erklärt: Begriffe aus der Finanz- und Steuerpolitik 34

+ IMPRESSUM

Herausgeber: Stiftung Jugend und Bildung, Wiesbaden, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF), Berlin

Fachliche Beratung: Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Pädagogische Beratung: Dr. Alexander Jehn (Präsident Stiftung Jugend und Bildung)

Redaktion: Eric Meyer, Charlotte Höhn (verantwortlich);

Redaktionsschluss: Oktober 2018

Texte: Susanne Patzelt, Eric Meyer

Verlag: Eduversum GmbH, Wiesbaden

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Layout und Grafik: schimmelreiter gbr, Charlotte von Opel; Wiesbaden

Internet: www.bundesfinanzministerium.de | www.finanzen-und-steuern.de

Bildnachweis: nadja_snopek: Titel; S.3, 12 (x2) und Smartphone-Grafik („Schon gewusst?“), Daniel Berkmann: Titel, S. 7; anatolir: S. 4 (x7), topvectors: S. 5, 6, 22; HURCAI: S. 19, 31; S. 3 Petr Vaclavek, S. 5 rondabroc.com, S. 6 vectorhot, S. 7 macrovector, S. 8 Jane Kelly, S. 10 Alexander Limbach, Julien Eichinger; S. 11 Adrian Niederhäuser, S. 16 Golden Sikorka, S. 17 Mykola, S. 18 beachboyx, scusi 10; S. 19 scusi, S. 25 Rawpixel.com, S. 29 Danomyte, S. 30 tinkivinki, S. 31 cunico, S. 32 Rüdiger Rau, Rücken: Jörg Rüter; Glühbirne („Weiterdenken“): crtresures, Tablet-Grafik („Weiterklicken“): Dejan Jovanovic

Alle Rechte vorbehalten. Schulen können Exemplare in begrenztem Umfang kostenfrei anfordern: www.jubi-shop.de © Eduversum GmbH, 2018

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in dieser Publikation die männliche Sprachform („Bürger“) verwendet. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des weiblichen Geschlechts, sondern soll im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral verstanden werden.

AUF DIE PLANUNG KOMMT ES AN

Das neueste Smartphone, die hippe Lederjacke, die Reise nach Neuseeland: Nicht selten hat man mehr Wünsche als Geld. Dennoch: Wer gut mit seinen Finanzen plant, kann sich auch mal einen Wunsch erfüllen. Erst mal sollte man jeden Monat schauen, dass man mit dem verfügbaren Geld auskommt. Dann vielleicht mit einem Nebenjob noch etwas dazuverdienen? Oder mal weniger kaufen und Kompromisse machen? Man braucht einen Plan und manchmal auch Disziplin, um klug mit den Einnahmen und Ausgaben zu jonglieren.



Jobben bringt Geld, frisst aber ganz schön viel Zeit und Energie!

Smartphone oder Laptop?

Ist das jetzt wirklich wichtig? Ist es mein Geld wert?

Schuldenmachen, das kann einen wirklich reinreißen...

Feste Geld-Regeln sind ja auch ganz nützlich... ... wenn man sich daran hält.

Klamotten kaufen oder für den Traumurlaub sparen?

+ HAUSHALTEN: DIE BILANZ MUSS STIMMEN

Klug haushalten ist eine Herausforderung, die jeder kennt: Jugendliche mit ihrem Taschengeld und dem Nebenjoblohn, Azubis und Studenten mit ihrer knappen Monatskasse und Familien mit ihrem Haushalt – alle müssen gut kalkulieren. Das ist mit öffentlichen Haushalten nicht anders: Jede Stadt und jede Gemeinde muss ihr Budget im Auge behalten, und auch Deutschland als Staat muss planen, wie die Steuergelder sinnvoll verwendet werden. Gleichzeitig müssen übergeordnete Instanzen wie die Europäische Union (EU) die Finanzen Europas und internationale Geldströme im Blick behalten.

+ EINNAHMEN UND AUSGABEN: AUF DIE PLANUNG KOMMT ES AN

Damit der Staat finanziell gesund bleibt und sich nicht verschuldet, muss er wie jede Privatperson seine Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht halten – er stellt dazu den Bundeshaushalt auf. Das ist gar nicht so leicht: Einerseits sollen die Staatseinnahmen – also die Steuern, welche die Bürger an den Staat zahlen – die Bürger nicht zu stark belasten. Andererseits trägt der Staat Verantwortung für Millionen Menschen und muss seine öffentlichen Aufgaben wahrnehmen können – und dafür braucht er Geld. In einer Demokratie haben die Bürger aber Mitspracherechte bei der Entscheidung der Abgeordneten, wofür der Staat das Steuergeld ausgibt – ein spannendes Thema!

+ IN DIESEM HEFT DREHT SICH VIELES UM EINNAHMEN UND AUSGABEN:

- » Wie „verdient“ der Staat sein Geld, und für welche öffentlichen Aufgaben gibt er es aus?
- » Welchen Teil der Einnahmen erhält der Staat, und welche Gelder bekommen Bundesländer und Kommunen?
- » Wie plant der Staat mit seinen Finanzen und wie entsteht der Bundeshaushalt?
- » Wie sorgt die Europäische Union dafür, dass der Euro auch morgen noch etwas wert ist?
- » Welche Institutionen spielen in der internationalen Finanzpolitik eine wichtige Rolle, und was wird getan, um weltweit Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher zu bekämpfen?



Notiere deinen persönlichen Einnahmen- und Ausgabencheck für einen gewöhnlichen Monat! Überlege, wo sich Einnahmen und Ausgaben optimieren lassen. Ihr könnt auch zusammen überlegen.



Mit der kostenfreien App „Geld-Check“ hast du deine aktuellen Einnahmen und Ausgaben immer im Blick.



EIN GEBEN UND NEHMEN

„Steuern? Was hab' ich damit zu tun?“, fragt sich Jannis. Eine ganze Menge! Gestern noch zum Beispiel, als er im Laden ein neues T-Shirt kaufte, hat er automatisch Umsatzsteuer bezahlt. Wenn er den Fuß- oder Radweg nutzt, ins Schwimmbad geht oder die Schule besucht, profitiert er von Steuern – denn die öffentliche Infrastruktur für alle Bürger wird überwiegend aus Steuern finanziert. Steuern sind überall, auch wenn man es meistens nicht bemerkt.



Jannis bekommt jeden Monat 100 Euro Taschengeld. Er hilft jeden Mittwoch nach der Schule im Baumarkt aus, knapp 200 Euro verdient er bei dem Nebenjob. Dafür zahlt Jannis keine Steuern. Aber...

PAUSENSNACK

Die EU legt Richtlinien für Schadstoffe beim Obst fest, dann dürfen Äpfel verkauft werden. Damit die EU arbeiten kann, wird sie aus Steuergeldern finanziert. ▶ S. 29

UMWELTSCHUTZ

Mithilfe der Energiesteuer wird der Umwelt- und Klimaschutz gefördert. ▶ S. 24/25

SCHULE / BILDUNG

Der Staat finanziert die kostenlose Schulbildung mit den Steuergeldern, die er einnimmt. ▶ S. 22/23

LOHNSTEUER / KINDERGELD

Das Taschengeld bekommt Jannis von seinen Eltern. Auf ihr Gehalt haben sie bereits Lohnsteuer gezahlt. Das Kindergeld, das Eltern für jedes Kind erhalten, wird wiederum aus Steuergeldern bereitgestellt. ▶ S. 12 und 20/21

ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR

Das Verkehrsnetz kann von jedem kostenlos benutzt werden. Die Verkehrsregelungen sowie der Straßenbau werden aus Steuergeldern finanziert. ▶ S. 16/17

MEHRWERTSTEUER

Jannis' Smartphone hat auch einen festen Preis. Kauft er es, zahlt er gleich die Mehrwertsteuer mit. Der Kaufpreis von insgesamt 352 Euro beinhaltet 56,20 Euro Mehrwertsteuer. ▶ S. 14/15

... für sein Fahrrad schon!
Im Kaufpreis von 500 € sind 19% Mehrwertsteuer enthalten, also 79,83 Euro.
▶ S. 14/15

STEUERN SIND ÜBERALL

+ WAS SIND STEUERN?

Steuern sind **Abgaben** für das Allgemeinwesen: Jeder zahlt Steuern, um seinen Teil zur Gemeinschaft beizutragen. Es gibt unterschiedliche Steuern – manche zahlen wir, fast ohne es zu bemerken, etwa die Umsatzsteuer beim Einkauf im Supermarkt oder die Energiesteuer beim Tanken des Autos. Andere wiederum – etwa die Lohnsteuer – werden bei Arbeitnehmern jeden Monat vom **Lohn** oder **Gehalt** abgezogen und sind auf der Lohnabrechnung deutlich sichtbar. Weil kein Bürger ausgeschlossen werden darf und um-

gekehrt so mancher freiwillig vielleicht seinen Beitrag nicht leisten würde, ist es Pflicht, Steuern zu zahlen. Alle Steuern haben eines gemeinsam: Sie sind Einnahmen und gleichzeitig Grundlage für die Ausgaben des Staates, der Länder und der Kommunen. Es gibt viele Aufgaben in einem Gemeinwesen, die ein Einzelner allein nicht übernehmen kann und auch nicht übernehmen sollte. Um sie anzupacken, benötigt der Staat Geld. Zu den Aufgaben für das Gemeinwesen zählen die Arbeit der Polizei, die Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser sowie der Straßenbau,

aber auch unsere **soziale Absicherung** oder der Umweltschutz. Nur durch Steuern kann der Staat die Leistungen und Angebote finanzieren, die wir Bürger von einer funktionierenden Gesellschaft erwarten. Alle Steuern fließen in den Gesamthaushalt des Staates – den **Bundeshaushalt**. Dann entscheidet die Politik, welche Aufgaben des Staates, der Länder und Kommunen mit den Geldern finanziert werden. Diese Aufgaben findet man im Alltag überall, auch wenn man es nicht bemerkt: zum Beispiel wenn Jannis bei Regen mit dem Bus zur Schule fährt, oder wenn er ins Schwimmbad geht. Die öffentliche Infrastruktur für alle Bürger wird aus Steuern finanziert. Auf der einen Seite muss

man also Steuern zahlen, auf der anderen Seite profitiert man von Leistungen, die allen zugutekommen.

+ DIREKTE UND INDIREKTE STEUERN

Es gibt unterschiedliche Arten, Steuern einzuteilen. Eine davon ist, auf welchem Wege die Steuergelder an die Finanzverwaltung gelangen: auf direktem oder indirektem Weg. Direkte Steuern wie die Kfz-Steuer führt der Steuerzahler direkt an das Hauptzollamt als Teil der Finanzverwaltung ab. Indirekte Steuern gelangen erst über einen Umweg dorthin – etwa die Umsatzsteuer.

Steuern werden aber auch nach volkswirtschaftlichen Aspekten unterschieden, je nachdem, was die Grundlage für die Steuerberechnung ist: Besitz, Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Geld oder Verbrauch.

+ Besitz-, Verbrauch- und Verkehrsteuern

BESITZSTEUERN	VERBRAUCHSTEUERN	VERKEHRSTEUERN
Grundlage für die Besteuerung ist das Geld, das jemand erwirtschaftet (Ertragsteuern), oder das Vermögen, das jemand besitzt (Substanz- oder Besitzsteuern).	Diese Steuern werden auf den Verbrauch von bestimmten Waren erhoben und an den Endverbraucher weitergegeben.	Eine Steuer auf die Teilnahme am Wirtschaftsverkehr. Hier wird strenggenommen nicht die Ware, sondern der Kauf- oder Rechtsakt besteuert.
<ul style="list-style-type: none"> • Einkommensteuer • Körperschaftsteuer • Gewerbesteuer • Grundsteuer • Hundesteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Alkopopsteuer • Energiesteuer • Tabaksteuer • Stromsteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Rennwet- und Lotteriesteuer • Grunderwerbsteuer • Umsatzsteuer • Kfz-Steuer

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Steuern A bis Z (2017), auch: www.steuerazubi.com/steuerarten



Wo in eurem Alltag verstecken sich Steuern? Entwerft in Partnerarbeit eine eigene Collage oder Präsentation! Recherchiert dafür zunächst, welche weiteren Steuerarten es gibt, die für eure Darstellung vielleicht relevant sind.
▶ mehr auf S. 6/7 und 18/19

• SCHON GEWUSST?

UMSATZSTEUER oder MEHRWERTSTEUER?

- » In Deutschland hat sich für die **Umsatzsteuer** der Begriff **Mehrwertsteuer** eingebürgert. Beide Begriffe werden synonym gebraucht.
- » Die Einkommensteuer wird auf das Einkommen einer Person erhoben. Ist diese Person angestellt und bezieht ein Gehalt oder einen Lohn, spricht man von **Lohnsteuer**, die der Arbeitgeber direkt vom Lohn oder Gehalt abzieht und an das Finanzamt abführt. Die Lohnsteuer ist keine separate Steuer auf den Lohn, sondern eine Form der Einkommensteuer.
- » **Abgaben** ist ein Oberbegriff für materielle Zahlungen an Institutionen wie den Staat: also nicht nur Steuern, sondern auch Sozialversicherungsbeiträge und Gebühren.

STEUERN FRÜHER

„50 Scheffel Getreide, 30 Karaffen Olivenöl, 15 Schafe“: Steuerlisten gehören zu den ältesten Texten, die jemals geschrieben wurden. Einige sind bereits über 5.000 Jahre alt:



Ägyptische Schreiber verwalteten die Erntesteuer und den Nilzoll. Steuern, Abgaben, Tribute oder Zölle sind in allen antiken Hochkulturen nachweisbar. In Rom bildete sich eine komplizierte Finanzbürokratie zur Steuerverwaltung aus. Die Abgaben in der Antike wurden für den Bau der öffentlichen Infrastruktur genutzt, für militärische Zwecke, aber auch für Getreide und soziale Stiftungen. Mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert entstanden Theorien über eine gerechte Steuerpolitik.

Die Forderung nach politischer Repräsentation ist eng verbunden mit dem Anspruch, ein Mitspracherecht über Einnahmen und Ausgaben des Staates zu bekommen:

Wer den Staat finanziert, soll auch mitbestimmen können, wie das Geld ausgegeben wird. ▶ mehr auf S. 6/7



STEUERN MIT SYSTEM

Marc, Hannah, Julian und Sophie studieren, sie wohnen in einer WG. Alle zahlen in die gemeinsame Haushaltskasse ein. Von dem Geld bezahlt die WG zum Beispiel Reinigungsmittel und Toilettenpapier – aber auch gemeinsame Anschaffungen. Sie führen ein Haushaltsbuch und diskutieren: Sollen wir ein Netflix- und Spotify-Abo gemeinsam finanzieren? Oder sparen wir für eine neue Couch? Jeder hat unterschiedliche Vorstellungen. Klar aber ist: Wer zahlt, darf mitbestimmen.



+ DER GROBE TOPF FÜR DAS GEMEINWOHL

Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates, sie machen über 95 Prozent der gesamten Staatseinnahmen aus. In einem demokratischen Staat haben die Bürger jedoch einen Anspruch darauf, dass die eingenommenen Gelder indirekt wieder zu ihnen zurückfließen – indem der Staat beispielsweise für ein Gesundheits- und ein Bildungssystem und für die Verkehrsinfrastruktur sorgt. Wir Bürger zahlen also die Steuern nicht bloß an den Staat, sondern für uns selbst, indem wir – ähnlich wie die WG – einen Teil unseres Einkommens in einen gemeinsamen Topf geben, damit gemeinschaftliche Aufgaben erfüllt werden können.

In einem **demokratischen Rechtsstaat** haben die Bürger auch ein Mitspracherecht darüber, welche Aufgaben von der Gemeinschaftskasse finanziert werden. In einer **repräsentativen Demokratie** entscheiden die von den Bürgern gewählten Abgeordneten in den Gemeinde- und Stadträten, in den Landesparlamenten und im Bundestag.

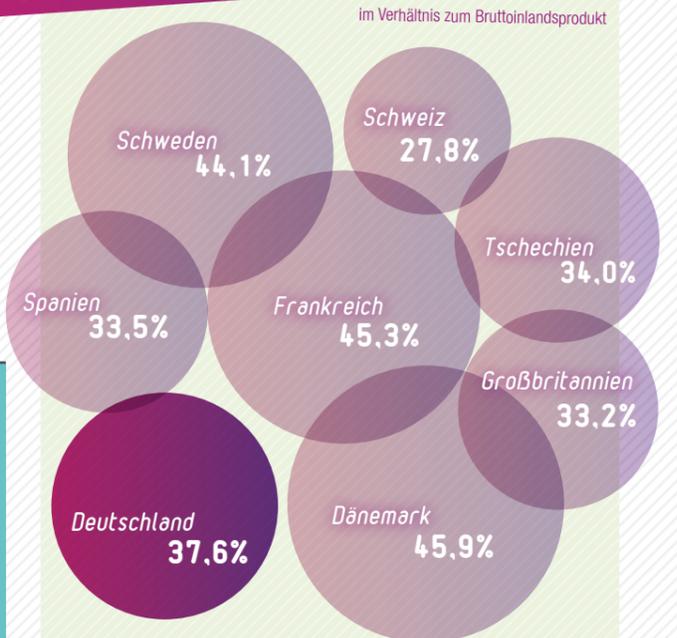
Steuern sind **nicht zweckgebunden**. Mit den Einnahmen aus der Kfz-Steuer werden also nicht direkt Straßen und Brücken ausgebaut (► mehr zum Thema auf S. 17). Jeder einzelne Steuer-Euro fließt in den Bundeshaushalt. Erst dann folgt der eigentliche politische Entscheidungsprozess, erst dann wird der „Kuchen verteilt“ und entschieden, wie viel Geld wofür ausgegeben wird.

+ ABGABENQUOTEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Neben Steuern erhebt der Staat auch **Abgaben**, zum Beispiel die Sozialversicherungsbeiträge, mit denen die Sozialsysteme (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) finanziert werden. Der Anteil der Steuern an der gesamten Wirtschaftsleistung, dem sogenannten **Bruttoinlandsprodukt**, wird als **Steuerquote** bezeichnet. Die Steuerquote allein ist in Deutschland relativ gering. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zusammen ergeben im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt die Abgabenquote eines Landes.

Abgabenquote: der Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung, der von den Bürgern an den Staat abgegeben wird

STEUERN UND SOZIALABGABEN

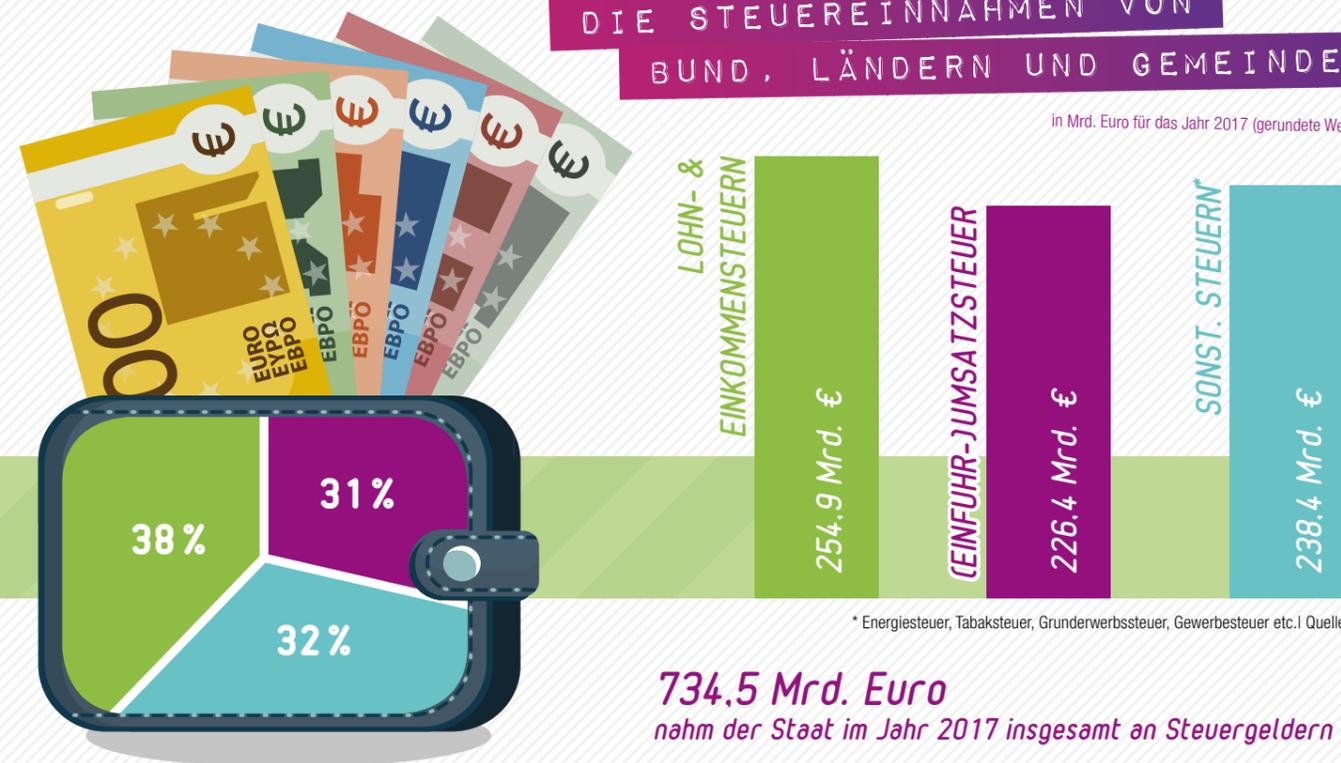


WEITERKLICKEN

Die Broschüre „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2017“ gibt es zum Download unter www.bundesfinanzministerium.de
► Service ► Publikationen ► Broschüren/Bestellservice.

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN

in Mrd. Euro für das Jahr 2017 (gerundete Werte)



* Energiesteuer, Tabaksteuer, Grunderwerbssteuer, Gewerbesteuer etc. | Quelle: BMF

734,5 Mrd. Euro nahm der Staat im Jahr 2017 insgesamt an Steuergeldern ein.

+ DER BUNDESHAUSHALT: EINE KÖNIGSDISZIPLIN

Ähnlich wie die vier Studenten in ihrer WG plant auch der Staat seine (Steuer-)Einnahmen und die notwendigen Ausgaben – er stellt den Bundeshaushalt auf: Sollte Deutschland im nächsten Jahr mehr Geld für den Umweltschutz ausgeben oder neue Angebote für sozial Benachteiligte schaffen? Braucht Deutschland mehr Polizisten, mehr Lehrer oder mehr Altenpfleger? Alles gleichzeitig zu finanzieren ist – genau wie mit dem eigenen Budget – nicht immer möglich. Den Bundeshaushalt aufstellen heißt also auch, Kompromisse zu finden.

Die Medien berichten vor allem im Herbst über den Bundeshaushalt. Dann gibt es im Bundestag den Höhepunkt der Haushaltsberatungen und die **Generaldebatte**. Die Auseinandersetzungen geraten meist zum Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition.

► mehr zum Bundeshaushalt auf den S. 18/19

+ DAS „KÖNIGSRECHT“ DES PARLAMENTS

Haushaltspläne aufzustellen – zum Beispiel den Bundeshaushalt – ist eines der Kerngebiete politischen Handelns. Dieses Entscheidungsrecht nennt man auch **Budgetrecht**, gewissermaßen das „Königsrecht“ des Parlaments. Den Bundeshaushalt zu verabschieden – das ist auch eine Mammutaufgabe: Ministerien, Ausschüsse und Abgeordnete beschäftigen sich fast das ganze Jahr mit dem Thema Haushalt. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) ist hierbei die federführende Instanz. Das BMF beschließt die ersten Einnahme- und Ausgabebudgets (Einzelpläne) für alle **Ressorts** oder Ministerien – die sogenannten Eckwerte.



WOW • SCHON GEWUSST?

Arbeitskreis Steuerschätzungen und Stabilitätsrat

Damit die Haushaltsexperten über eine realistische Zahlenbasis verfügen, gibt es den **Arbeitskreis Steuerschätzungen**. Zweimal im Jahr kommen Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten zusammen, um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu begutachten und die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren zu schätzen. Ebenfalls zweimal im Jahr tagt der **Stabilitätsrat**. Er hat die Aufgabe, alle staatlichen Ebenen bei der Haushaltsplanung zu beraten und die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Auge zu behalten.



+ „STEUERSENKUNGEN JETZT!“ – JA ODER NEIN?

Die Steuereinnahmen sprudeln: Die gute Konjunktur in Deutschland hat der Staatskasse im Jahr 2017 einen deutlichen Überschuss beschert. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen nahmen unter dem Strich 36,6 Milliarden Euro mehr ein, als sie ausgaben.

PRO: „Steuern jetzt senken!“

- » Die Abgabenlast in Deutschland ist hoch, verglichen mit dem internationalen Durchschnitt. Nun könnte man die Steuerzahler an der guten wirtschaftlichen Lage teilhaben lassen und entlasten.
- » Wenn die Leute weniger Steuern zahlen, haben sie mehr Geld und kaufen mehr. Das kurbelt die Wirtschaft an: Es wird mehr verkauft und produziert ▶ die Unternehmen stellen mehr Arbeitskräfte ein ▶ mehr Erwerbstätige zahlen mehr Steuern.

KONTRA: „Der Staat braucht das Geld.“

- » Wenn man Steuern dauerhaft senkt, ist für längere Zeit weniger in der Gemeinschaftskasse. Wir sollten gerade in wirtschaftlich guten Zeiten die Gelegenheit nutzen und wichtige Vorhaben realisieren.
- » Besser mit den Steuer Mehreinnahmen Schulden abbauen – wenn sonst, wenn nicht in guten Zeiten?

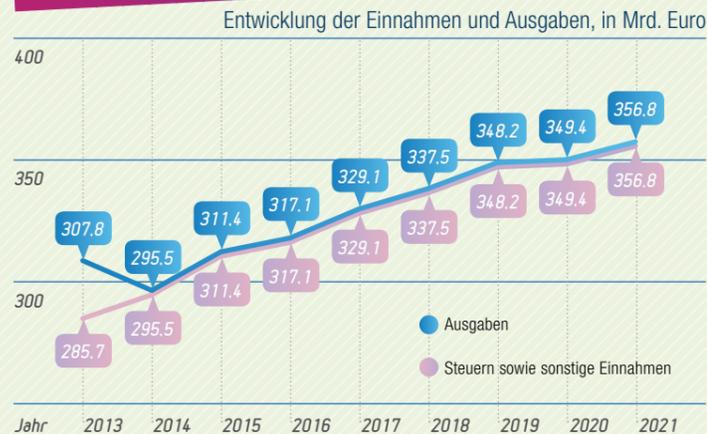
+ FISKALREGELN UND SCHULDENBREMSE

Sind die Steuereinnahmen höher als die zukünftigen Ausgaben, erzielt der Staat einen Haushaltsüberschuss. Sollten aber die zukünftigen Einnahmen die notwendigen Ausgaben nicht decken, muss der Staat für diese Lücke Kredite aufnehmen. Das kann in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nötig sein, etwa um die Auswirkungen einer Finanzkrise abzufedern, wie beispielsweise im Jahr 2009. Der Staat kann sich jedoch nicht unbegrenzt Geld leihen, deswegen wurden die **Fiskalregeln** eingeführt: Im Grundgesetz (GG) ist für den Bund und die Länder zum Beispiel eine **Schuldenregel** geschaffen worden, bekannt als „Schuldenbremse“ (Art. 109 und 115 GG). Um die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf Dauer einzuschränken, darf der Bund nur noch eine Verschuldung in Höhe von

0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen. Für die Länder gilt ab dem Jahr 2020 die Vorgabe, dass die Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt werden müssen. Es ist das erklärte Ziel einer soliden Haushaltspolitik, keine neuen Schulden zu machen. Das nennt man **Konsolidierung** – und sie hat auf Bundesebene in der Vergangenheit funktioniert: Seit 2014 macht der Bund keine neuen Schulden mehr, und die Finanzplanung bis 2021 sieht vor, keine neuen Kredite aufzunehmen.

Eine Übersicht über die Fiskalregeln findest du im Netz: www.bundesfinanzministerium.de
 ▶ Themen ▶ Öffentliche Finanzen ▶ Stabilitätsprogramm

SOLIDE HAUSHALTSPLANUNG



Quelle: BMF / OECD-Revenue Statistics 1965 - 2016, Paris 2017

WEITERDENKEN

Die „Schwarze Null“ ist ein großer Streitpunkt in der politischen Debatte um den Bundes- und die Länderhaushalte. Recherchiert im Internet, welche Argumente von den Vertretern der unterschiedlichen Standpunkte jeweils eingebracht werden! Sammelt aussagekräftige (Online-)Zeitungsschlagzeilen und Argumente, und diskutiert bei einer Podiumsdiskussion!



FINANZEN AUF ALLEN EBENEN



Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Grundgesetz ein freiheitlich verfasster, demokratischer und sozialer Bundesstaat, der in Bundesländer gegliedert ist (derzeit 16). Die Kommunen – also Städte, Gemeinden und Landkreise – wiederum sind Teil der Bundesländer. Bundesländer und Kommunen haben eine gewisse Eigenständigkeit: Die Länder besitzen – ähnlich wie die einzelnen Gliedstaaten der USA – „Staatsqualität“, also eigene Verfassungen und Parlamente. Damit das föderale System funktioniert, enthält das Grundgesetz neben Zuständigkeitsregelungen eine Finanzverfassung (Artikel 104a bis 108 GG). Diese regelt insbesondere die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Wird das Tierheim saniert? Wie viel darf der Kita-Ausbau kosten? Ob in Harxheim oder in Hamburg: Überall, auch auf lokaler Ebene, werden wichtige Entscheidungen getroffen. In einem föderalen Staat haben die Kommunen das Recht der Selbstverwaltung und können ihre Aufgaben eigenverantwortlich planen und regeln. Um dies finanziell zu bewältigen, erhalten Länder und Kommunen Steuergelder.

STEUERVERTEILUNG 2017

Die Abweichungen der Summe zu 100% sind rundungsbedingt.



WER IST ZUSTÄNDIG?

- | | | |
|--------------|---------------------------------|---------------------------------|
| » Bildung | » Wasser- und Energieversorgung | » System der sozialen Sicherung |
| » Forschung | » Schulen und Kinderbetreuung | » Verkehrswesen |
| » Wirtschaft | » Museen, Sportanlagen, Theater | » Landesverteidigung |
| » Polizei | | |

+ EINEN AUSGLEICH ZWISCHEN DEN REGIONEN SCHAFFEN

In einer Region hat sich eine florierende Hightech-Industrie angesiedelt, anderswo stecken drei große Unternehmen in einer Krise – das hat Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Regionen und somit auf das Leben der Menschen: In der florierenden Region steigt die Beschäftigung, das Steueraufkommen wird größer. Gleichzeitig sind weniger Menschen auf Sozialleistungen angewiesen, wodurch mehr Geld in der Landeskasse bleibt. Anders sieht es in der Krisenregion aus: Hier steigt die Arbeitslosigkeit und somit die Nachfrage nach Sozialleistungen. Bei sinkenden Steuereinnahmen bleibt für die Landeskasse kaum

Geld für Lehrer oder für die örtliche Polizei übrig. Damit trotzdem gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland gegeben sind, gibt es den bundesstaatlichen Finanzausgleich. Dieser ist neu geregelt worden und läuft ab 2020 hauptsächlich über die Verteilung der Umsatzsteuer.
 • Finanzschwache Länder erhalten einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer pro Einwohner als finanzstarke Länder, und ergänzend spezielle Zuweisungen durch den Bund.



Bildet Kleingruppen und fragt euch schlau: Über welche Finanzfragen diskutieren die Menschen in eurer Stadt oder Gemeinde? Stöbert in den lokalen Nachrichten und im Netz oder sammelt Stimmen (Straßenumfrage oder über soziale Netzwerke). Formuliert eure Erkenntnisse.

Ziel der deutschen Finanzpolitik ist, einen Ausgleich zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen zu schaffen. Recherchiert, in welchen Regionen viel oder weniger Steuern eingenommen werden. Welche Faktoren beeinflussen die jeweilige Entwicklung?

WOW • SCHON GEWUSST?

KOMMUNE ODER GEMEINDE?

Der Begriff Kommune kann eine Gemeinde beschreiben, aber auch eine Stadt oder einen Landkreis. Das Wort Gemeinde hingegen bezeichnet nicht die Stadt oder den Landkreis.

„Wichtig ist, dass sich keiner mit Steuertricksereien drücken kann. Der Staat muss da ein Auge drauf haben.“

„Wer viel Geld hat, der soll auch mehr zahlen. Das schafft dann einen Ausgleich zwischen Arm und Reich und ist gut für die Gesellschaft.“

„Wenn ich Erfolg habe und mehr Geld verdiene, dann will ich nicht, dass Steuern und Abgaben alles wieder auffressen. Ich habe dafür hart gearbeitet!“

„Wer viel für die Gesellschaft tut, sollte auch steuerlich entlastet werden: Familien mit Kindern oder ehrenamtlich Tätige zum Beispiel.“

„Steuern bleiben unter gemeinsamem Geld, also sollte es an die Gemeinschaft zurückfließen.“

GERECHTE STEUERN, WAS IST DAS FÜR EUCH?

WER MEHR HAT, GIBT MEHR AB

„Soziale Gerechtigkeit“ war eines der großen Schlagworte im Bundestagswahlkampf 2017. Will ein Staat sozial gerecht sein, muss er auch gerecht besteuern. Steuergerechtigkeit ist ein Thema, über das viel diskutiert wird. Nach welchen Grundlagen entscheidet der Staat über eine faire Besteuerung seiner Bürger?



Eine faire und gerechte Steuerpolitik zielt darauf ab, dass der Staat von allen Steuerzahlern in einem Land einen angemessenen Beitrag einfordert, um die Aufgaben für die Allgemeinheit zu finanzieren. Das Steuersystem in Deutschland soll das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit widerspiegeln. Es orientiert sich daran, jeden Bürger nach seiner individuellen, wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern:

- » Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, müssen keine oder nur relativ geringe Einkommensteuern zahlen.
- » Menschen mit einem höheren Einkommen werden hingegen stärker belastet. Wer mehr hat, ist in der Lage, mehr abzugeben.

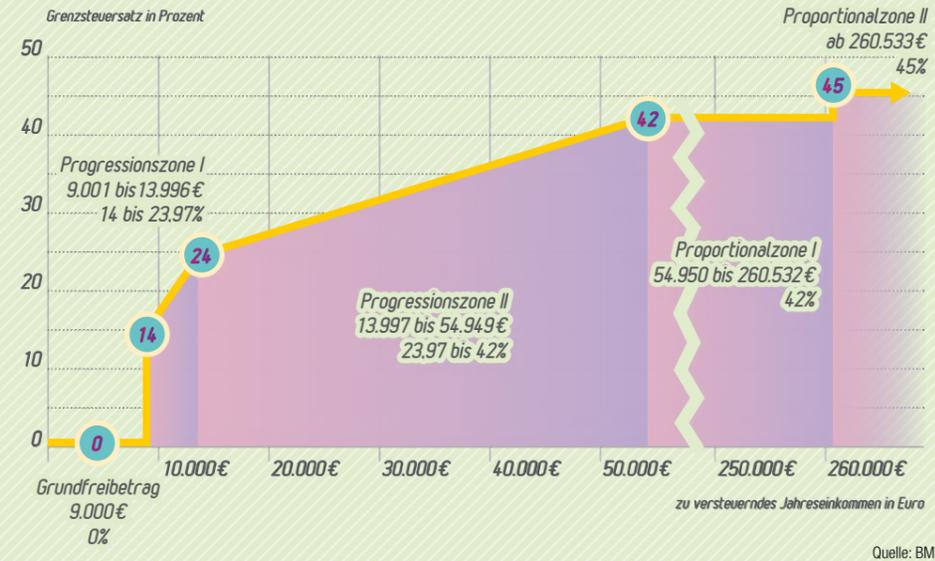
Das heißt, dass Menschen, die sich in der gleichen wirtschaftlichen Lage befinden, gleich belastet werden. Ein fairer Vergleich ist aber gar nicht so leicht. Neben dem Einkommen müssen auch die persönlichen Lebensumstände des Einzelnen betrachtet werden: Ein kinderloser Single mit einem Monatseinkommen von 3.000 Euro wird steuerlich höher belastet als beispielsweise ein verheirateter Vater von zwei minderjährigen Kindern mit dem gleichen monatlichen Einkommen – als Vater muss er im Gegensatz zum kinderlosen Single nicht nur für sich selbst sorgen, sondern auch für die Kinder. Zu den Prinzipien einer gerechten Steuerpolitik gehört auch, dass der Staat Missbrauch, Betrug und Steuerhinterziehung konsequent bekämpft. ► mehr auf S. 32/33

+ STEUERPOLITIK: eine Stellschraube für soziale Gerechtigkeit

Mithilfe der Steuerpolitik kann der Staat wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Prozesse beeinflussen. Eine höhere Mineralölsteuer schafft beispielsweise den Anreiz, Energie zu sparen – zum Beispiel nicht unnötig viel zu heizen oder warmes Wasser laufen zu lassen. Gezielte Steuerentlastungen oder Anhebungen des Kindergeldes dagegen gleichen die höhere Belastung von Familien mit Kindern aus. Diese steuerpolitischen Umverteilungen sollen mehr soziale Gerechtigkeit herstellen. Sie setzen aber auch Impulse für ein Verhalten im Sinne des Gemeinwohls, im Sinne des Umweltschutzes oder für mehr Gesundheit. **Aber was ist überhaupt gerecht?** Wer sollte aus welchem Grund steuerlich entlastet und wer höher besteuert werden? Steuerpolitik wird in der Öffentlichkeit und auch von den Abgeordneten im Bundestag leidenschaftlich und kontrovers diskutiert.

DER EINKOMMENSTEUERTARIF 2018

Es gibt mehrere Zonen im Steuertarif. Grundsatz dabei ist, dass die Steuerlast steigt, je höher das zu versteuernde Einkommen ist.



ACHTUNG: Das zu versteuernde Einkommen sind nicht die Einnahmen, die ein Steuerpflichtiger in einem Kalenderjahr erwirtschaftet hat. Von diesen Einnahmen werden nämlich noch bestimmte Aufwendungen und Steuerfreibeträge abgezogen. Das Ergebnis dieser Berechnung ist dann das zu versteuernde Einkommen.



Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, was gerecht ist oder nicht. In der Sozialpolitik unterscheidet man beispielsweise **Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit.** Klärt die Begriffe und ergänzt die Definitionen um eigene Ideen. Diskutiert dann, welche Ausprägungen von Gerechtigkeit gesellschaftlich am wichtigsten sind. Leitet daraus ab, welche Auswirkungen eure Überlegungen auf die Steuerpolitik haben.

MIT STEUERN LENKEN

+ STEUERFREIBETRÄGE

Aus sozialen Gründen wird ein Teil des Einkommens nicht angerechnet. Besteuert wird nur der Teil der Einkünfte, der die Freibeträge übersteigt.

BEISPIELE:

- » Der **Grundfreibetrag:** Das Existenzminimum wird nicht besteuert. Der Grundfreibetrag beträgt 9.000 Euro im Jahr (2018).
- » **Kinderfreibetrag:** 4.788 Euro je Kind
- » **Betreuungsfreibetrag:** 2.640 Euro je Kind
- » **Entlastungsbetrag für Alleinerziehende:** 1.908 bei einem Kind, Steigerung um 240 Euro je weiteres Kind
- » ebenso: Behindertenpauschalbetrag, Sparerfreibetrag, Freibeträge bei Erbschaft oder Schenkung, Ausbildungsfreibetrag

+ LENKUNGSTEUERN

Unerwünschtes Verhalten wird vom Staat finanziell belastet, indem zum Beispiel gesundheits- oder umweltschädliche Waren teurer werden.

BEISPIELE:

- Verbrauchssteuern wie Alkopopsteuer, Tabaksteuer oder Energiesteuer

+ STEUVERGÜNSTIGUNGEN

Hierbei wird der Kauf von Waren finanziell begünstigt. Mit Steuervergünstigungen verfolgt der Staat politische Ziele.

BEISPIELE:

- Pendlerpauschale, verminderte Umsatzsteuer für Lebensmittel und Bücher
- mehr auf S. 14/15

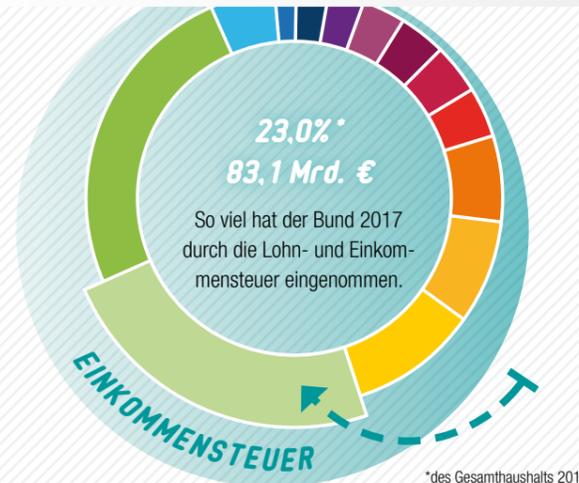
WOW • SCHON GEWUSST?

UNGERECHTE STEUERN

Historiker bewerten die Steuerpolitik zu Zeiten des Absolutismus als sehr ungerecht: Fürsten und Könige konnten Steuern ohne gesetzliche Beschränkung willkürlich erheben. Kirche und Adel blieben von der Steuerpflicht weitgehend verschont. Nur Bürger und Bauern mussten Steuern zahlen – und waren gleichzeitig von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Das sorgte für Unmut bei der Bevölkerung und war ein Grund für den Ausbruch der Französischen Revolution im Jahr 1789.

WAS GEHT AB VOM LOHN?

Serkan hat seinen ersten Job: Gerade hat er als Sozialpädagoge in einem inklusiven Kindergarten angefangen. Er hat einen ersten festen Arbeitsvertrag, bekommt erstmals jeden Monat ein festes Gehalt aufs Konto überwiesen – und erhält ebenfalls monatlich eine Lohnabrechnung. Serkan prüft sie und fragt sich: Warum kommt tatsächlich viel weniger Geld auf mein Konto, als die Lohnabrechnung ausweist?



+ WER BEZAHLT STEUERN?

Jeder, der in Deutschland Geld verdient, muss ab einer bestimmten Summe einen Anteil davon an den Staat zahlen. So tragen alle ihren Teil zum Gemeinwesen bei. Arbeitnehmer zahlen auf ihren Lohn oder ihr Gehalt genauso Einkommensteuer wie Rentner und Rentnerinnen

auf ihre Rentenbezüge oder Selbstständige auf ihren Gewinn. Neben der Einkommensteuer gehen der Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls die Kirchensteuer vom Gehalt ab. Beide Abgaben sind prozentuale Anteile der **Einkommensteuer**.

+ DIE SIEBEN EINKUNFTSARTEN DER EINKOMMENSTEUER

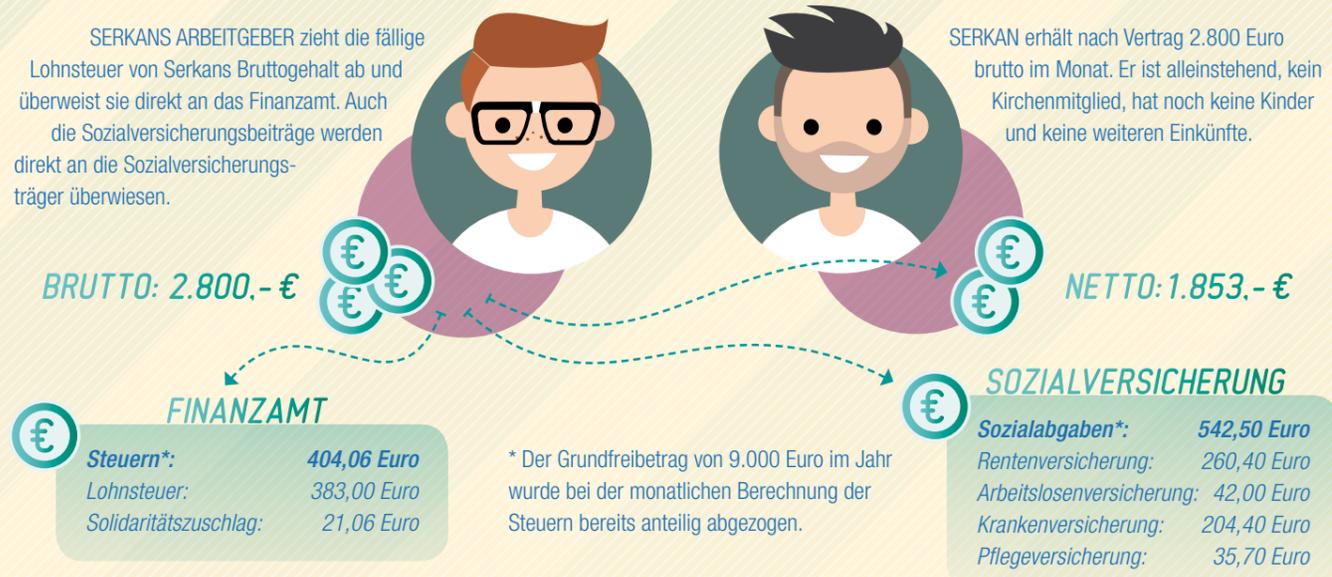
Selbstständige Arbeit, also Freiberufler // nichtselbstständige Arbeit (Lohnsteuer), also Arbeitnehmer // Vermietung und Verpachtung // Kapitalvermögen (zum Beispiel Aktiengewinne, Zinsen) // Gewerbebetrieb // Forstwirtschaft // sonstige Bezüge, zum Beispiel Renten, Unterhaltszahlungen

Steuerfreie Einkünfte: Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld, ehrenamtliche Aufwandsentschädigungen, BAföG, Leistungen der Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, Lottogewinne

DER WEG DER LOHNSTEUER

Die Lohnsteuer ist keine eigene Steuer, sondern eine Erhebungsform der Einkommensteuer.

Wenn Serkans Arbeitgeber ihm den Lohn für seine Tätigkeit als Sozialpädagoge auszahlt, behält er die Lohnsteuer ein und führt sie direkt an das Finanzamt ab.



Quelle: Berechnungen nach www.bmf-steuerrechner.de, Sozialabgaben nach www.handelsblatt.com/brutto-netto-rechner



AUSGABEN, DIE VON DER STEUER ABGESETZT WERDEN*

* Umgangssprachlich heißen so Ausgaben, die von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen werden können.

Voraussetzung dafür:
a) ein unmittelbarer Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit
b) besondere Belastungen
c) steuerlich begünstigte Kosten der Lebensführung (Vorsorge)

a) WERBUNGSKOSTEN	b) SONDERAUSGABEN	c) AUßERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN
<ul style="list-style-type: none"> » Fahrtkosten zur Arbeit » Arbeitsmittel (Fachliteratur, Berufsbekleidung) » Arbeitszimmer » Fortbildungskosten » Bewerbungskosten » Reisekosten » Kontoführungsgebühren 	<ul style="list-style-type: none"> » Vorsorgeaufwendungen (auch ein Teil der gesetzlichen Sozialversicherung) » Spenden » Unterhaltsleistungen » Kinderbetreuungskosten » Schulgeld » Kirchensteuer 	<ul style="list-style-type: none"> » Freibetrag bei Berufsausbildung des Kindes » Behindertenpauschalbetrag » Krankheitskosten » Bestattungskosten » Kosten für Pflege eines Angehörigen oder einer nahestehenden Person » Anwalts- und Gerichtskosten (besondere Voraussetzungen)

Quelle: BMF, Einkommen- und Lohnsteuer, S. 32-56

+ WER MUSS EINE STEUERERKLÄRUNG ABGEBEN?

Die Steuererklärung ist eine Abrechnung des Steuerzahlers mit dem Finanzamt. Dabei muss er die steuerpflichtigen Einnahmen angeben und auch die Ausgaben, die die Steuerlast mindern.

Eine Steuererklärung einreichen muss jeder, der...

- ... gleichzeitig bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt ist.
- ... einen Freibetrag als ELStAM (Elektronische LohnSteuerAbzugsMerkmale) eingetragen hat (zum Beispiel Fahrtkosten).
- ... überwiegend Einkünfte aus nicht angestellter Arbeit bezieht: Selbstständigkeit, freiberufliche Tätigkeit, Kapitalvermögen, Vermietung/Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft oder sonstige Bezüge.
- ... unbesteuerbare Einkünfte über 410 Euro bezieht, etwa Honorare oder Mieten.

Quelle: BMF

DIE STEUERKLASSEN

Bei der Berechnung der Einkommensteuer wird die individuelle Lebenssituation eines Steuerzahlers berücksichtigt. Je nachdem, in welche Steuerklasse man eingestuft ist, bezahlt man unterschiedlich hohe Einkommensteuer.

KLASSE	STATUS
I	Alleinstehende
II	Alleinerziehende, denen ein Alleinerziehenden-Entlastungsbetrag zusteht
III	Verheiratete* (unterschiedlich hohes Einkommen) in Kombination mit V – empfiehlt sich für den Partner mit höherem Einkommen Verwitwete (im Jahr des Todes + Folgejahr)
IV	Verheiratete* (etwa gleiches Einkommen) wenn der Partner auch Steuerklasse IV wählt
V	Verheiratete* (unterschiedlich hohes Einkommen) in Kombination mit III – empfiehlt sich für Partner mit geringerem Einkommen
VI	Ledige und Verheiratete (auch eingetragene Lebenspartnerschaften) mit Zweitjob



Marvin macht eine Ausbildung zum Schreiner. Lisa studiert Architektur. Lohnt es sich für Marvin oder Lisa, eine Steuererklärung zu machen? Zahlen die beiden überhaupt Steuern? Überlegt, unter welchen Voraussetzungen sie das tun müssten! Geht am Beispiel entsprechender Lebens- und Einkommensverhältnisse unterschiedliche Voraussetzungen durch (Ausbildungsvergütung, Studentenjobs etc.!)
► mehr auf S. 10/11 (Stichwort „Freibeträge“)

WOW • SCHON GEWUSST?

ELSTER heißt die **Elektronische Steuererklärung** des Finanzamtes. Hiermit kann man Steuererklärungen und Steueranmeldungen online abwickeln. Seit dem Jahr 2005 sind nahezu alle Arbeitgeber und Unternehmer gesetzlich verpflichtet, die Lohnsteuer ihrer Arbeitnehmer elektronisch über das ELSTER-System abzuwickeln.

Belege über Ausgaben, die man im Rahmen der Steuererklärung anrechnen will, müssen ab der Steuererklärung für 2017 nicht mehr an das Finanzamt geschickt werden. Dennoch sollte man sie aufbewahren, falls das Finanzamt sie nachprüfen will.

EINE FÜR (FAST) ALLES

Jan macht einen Test: Einen Monat lang sammelt er alle Kaufbelege, um den Überblick über seine Einnahmen und Ausgaben zu behalten. Auf den Kassenzetteln vom Supermarkt oder der Tankstelle, auf der Kinokarte oder der Online-Rechnung seines Handyvertrags fallen ihm dabei die Kürzel „MwSt 19 %“ oder „MwSt 7 %“ auf: Die Umsatzsteuer, meistens „Mehrwertsteuer“ (MwSt) genannt, begegnet uns im Alltag fast überall. Sie ist eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates.



+ DIE UMSATZSTEUER

Jeder Bürger kommt mit der Umsatzsteuer in Kontakt. Hinter der Umsatzsteuer steckt der Grundgedanke, dass jeder Kaufvorgang, also jeder Umsatz, besteuert wird. Die Umsatzsteuer besteuert nicht das Produkt an sich, sondern den Rechtsverkehr beim Kaufvorgang. Deswegen gehört sie zu den **Verkehrssteuern**. Dies unterscheidet die Umsatzsteuer von **Verbrauchssteuern**, wie beispielsweise die Energie-, Tabak- oder Kaffeesteuer.

+ DER ENDKUNDE ZAHLT DIE UMSATZSTEUER

Die Umsatzsteuer begleitet jedes Produkt vom Rohstoff über die Verarbeitung zur Fertigware, zu den Zwischenhändlern bis zum Endkunden, dem **Verbraucher**. In dieser **Wertschöpfungskette** wird bei jedem Umsatz ein **Mehrwert** erzeugt. Allerdings soll sich die Umsatzsteuer in der Unternehmenskette nicht wieder und wieder anhäufen und damit die Waren verteuern. Deswegen bekommt ein Händler die Umsatzsteuer, die er beim Einkauf seiner Rohwaren oder Dienstleistungen zahlt, vom Staat zurückerstattet. Daraus folgt: Nur der Endkunde muss die Umsatzsteuer wirklich tragen, er ist **Steuerträger**.



+ DIE UMSATZSTEUER: EINE INDIREKTE STEUER

Bei der Lohnsteuer zahlt der Bürger oder sein Arbeitgeber die Steuer direkt an das Finanzamt – sie ist also eine **direkte Steuer**. Die Umsatzsteuer dagegen nimmt der Händler oder Dienstleister für den Staat ein. Auf den Grundpreis einer Ware oder Leistung, den **Nettopreis**, berechnet er die Umsatzsteuer. So ergibt sich der **Bruttopreis**. Die eingenommene Umsatzsteuer reicht der Händler an das Finanzamt weiter – das nennt man **indirekte Steuer**.

+ 19 PROZENT ODER 7 PROZENT?

Der Regelsteuersatz der Umsatzsteuer beträgt in Deutschland 19 Prozent. Es gibt aber auch einen ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent. Dieser wird auf Waren und Dienstleistungen erhoben, welche die Grundbedürfnisse des Menschen abdecken oder die besonders förderungswürdig sind, wie

- » Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse,
- » Kulturgüter wie Bücher, Zeitungen, Theater- und Konzertkarten,
- » öffentliche Verkehrsmittel oder
- » einige Güter zur Wiederherstellung der Gesundheit wie Zahnersatz, Rollstühle, Prothesen oder Hörgeräte.

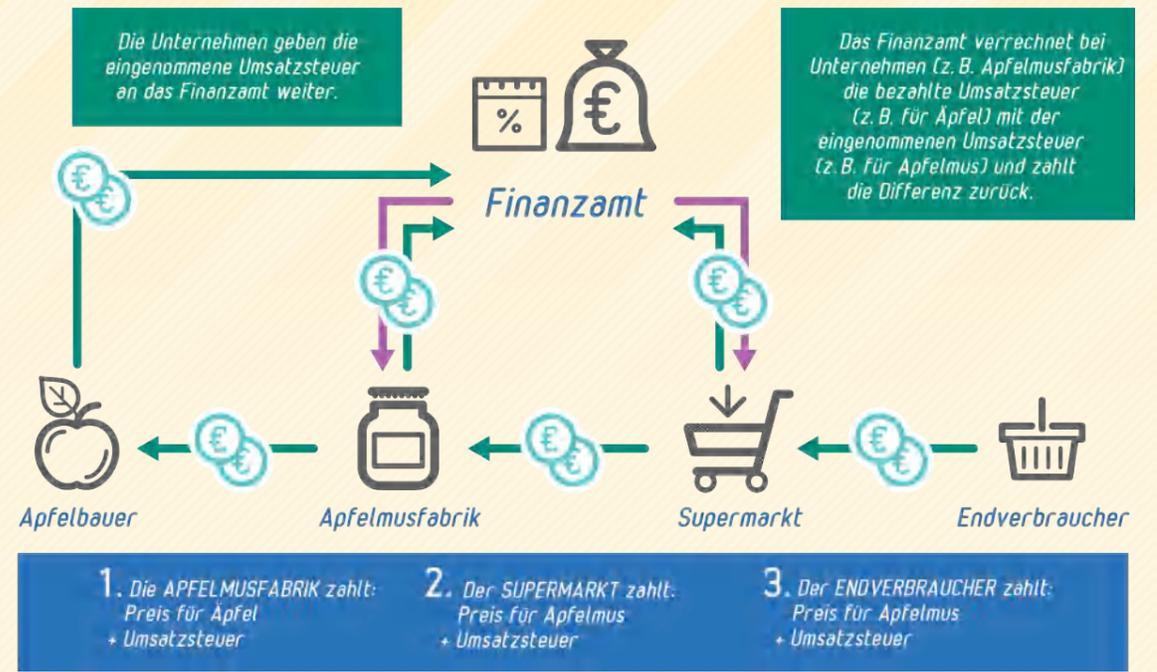
+ STEUERBEFREIUNGEN

Das Umsatzsteuergesetz enthält auch einen umfangreichen Katalog von bestimmten Leistungen, die von der Umsatzsteuer vollständig befreit sind. Das betrifft zum Beispiel Umsätze

- » für die Seeschifffahrt und die Luftfahrt,
- » die Heilbehandlungsleistungen der Ärzte und anderer Heilberufe,
- » Bildungsleistungen,
- » die Leistungen bestimmter Theater, Orchester, Museen, Tierparks
- » und die Leistungen der Jugendhilfe.



VOM BAUERNHOF IN DEN EINKAUFSKORB: SO FUNKTIONIERT DIE UMSATZSTEUER



Quelle: BMF

+ WICHTIGE EINNAHMEQUELLE DES STAATES

In Deutschland sind die Einnahmen des Staates durch Lohn- bzw. Einkommensteuer und Umsatzsteuer ähnlich hoch: Lohn- und Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag machen (addiert) 37 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen des Staates aus, die Umsatzsteuer 31 Prozent.

+ DIE UMSATZSTEUER im europäischen Vergleich

Mitgliedsland	Normalsatz	(stark) ermäßigter Satz
Ungarn	27%	5/18%
Dänemark	25%	-
Griechenland	24%	6/13%
Irland	23%	9/13,5%
Niederlande	21%	6%
Spanien	21%	10 (4)%
Frankreich	20%	5,5/10%
Deutschland	19%	7%
Luxemburg	17%	8 (3)%

Quelle: Europäische Kommission, 2018

WOW • **SCHON GEWUSST?**

Jedes EU-Land legt seine eigenen Umsatzsteuersätze fest. Die EU strebt jedoch eine Harmonisierung zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum an. Daher wurden Regelungen für Mindeststeuersätze festgelegt:

Normalsatz: mindestens 15%
Ermäßigter Satz: mindestens 5%
Sondersteuersätze: 0 bis < 5%

Das Umsatzsteuersystem soll verbessert, modernisiert und vereinfacht werden, insbesondere beim grenzüberschreitenden Warenverkehr. Die EU-Kommission will die Mitgliedsländer stärker selbst bestimmen lassen, was sie geringer besteuern.



GEDANKENEXPERIMENT:
Überlegt in Partnerarbeit, was passieren würde, wenn man

a) die Einkommensteuer abschaffen und dafür nur noch die (entsprechend erhöhte) Umsatzsteuer erheben und

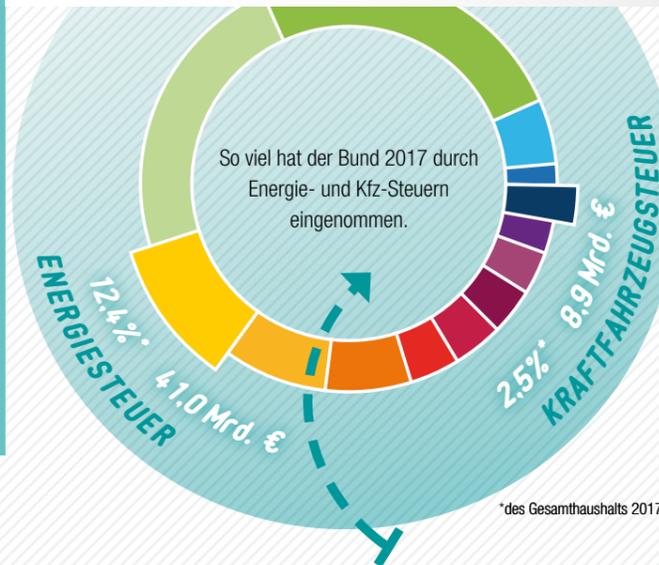
b) die Umsatzsteuer abschaffen und nur noch die (entsprechend erhöhte) Einkommensteuer erheben würde.

Denkt an die Folgen für Verbraucher, Unternehmen und die Preise.

EIN BEITRAG FÜR STRAßEN

Marc wird im Sommer 18 und macht gerade seinen Führerschein. Den Tag, ab dem er endlich fahren darf, kann er kaum abwarten. Und er hat einen Traum: ein eigenes Auto zu kaufen. Das Geld für die Anschaffung hat er seit Jahren gespart. Nun berechnet Marc, wie hoch die Betriebskosten sind, und stellt fest: Er muss über das Jahr hinweg nicht nur tanken, sondern zum Beispiel auch die Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) zahlen.

UND UMWELT



FAST SCHON AUTOMATISCH: DIE KFZ-STEUERERHEBUNG

Sobald Marc sein Auto bei der Zulassungsstelle anmeldet, wird auch die Kfz-Steuer fällig. Er selbst muss dabei kaum etwas tun:

Marc meldet sein Auto bei der **Zulassungsbehörde** an.

Marc muss eine **Kontonummer** angeben und verpflichtend erklären, dass er am **SEPA-Lastschriftverfahren** teilnimmt. Somit wird die jährliche Kfz-Steuer automatisch von seinem Konto abgebucht.

Die Zulassungsbehörde übermittelt Marcs Daten an den **Zoll**.

Marc erhält vom zuständigen Hauptzollamt einen **Dauerbescheid**. Hierin werden die Kfz-Steuer für sein Auto festgesetzt und die jährlich wiederkehrende Fälligkeit bestimmt.

Wenn Marc sein Auto außer Betrieb stellt oder es verkauft, werden die Änderungen von der Zulassungsbehörde wieder an den Zoll übermittelt.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt (Zahl der zugelassenen Fahrzeuge 2017); BMF, www.bundesfinanzministerium.de

+ WIE HOCH IST DIE KRAFTFAHRZEUGSTEUER?

Die Höhe der Kfz-Steuer ist von mehreren Faktoren abhängig:

- » **Hubraum (Motorräder und Pkw):** Vereinfacht gesagt gilt: Je größer das Auto, desto mehr Kraft – und damit mehr Hubraum – ist notwendig zur Bewegung des Fahrzeugs. Hubraum wird in Kubikzentimetern (cm³) gemessen.
- » **CO₂-Wert (nur Pkw):** Schadstoff- bzw. Kohlendioxid ausstoß eines Fahrzeugs. Dieser wird nach dem Verbrauch und der Art des Treibstoffs berechnet (Benzin, Diesel, Gas, Elektro).
- » **Schadstoffarme Fahrzeuge** werden steuerlich begünstigt.

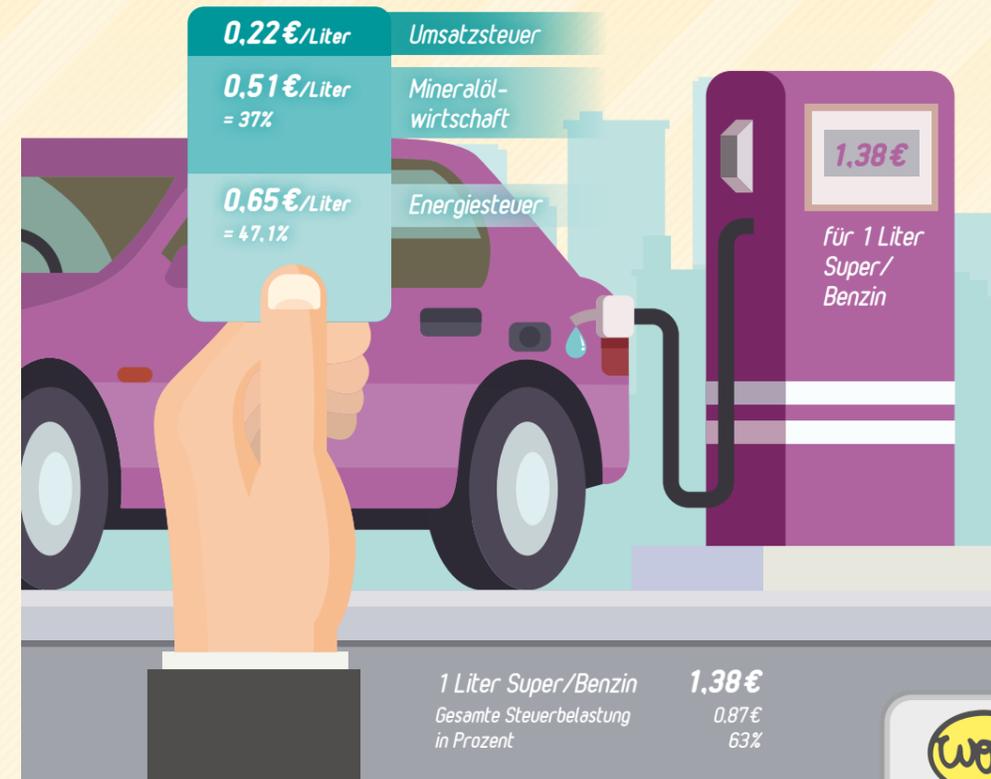
Quelle: BMF, www.bundesfinanzministerium.de

+ MIT DEN KFZ-STEUERN WERDEN KEINE STRAßEN REPARIERT – WARUM?

In der öffentlichen Diskussion wird oft argumentiert, dass mit den Einnahmen aus der Kfz-Steuer auch die Verkehrsinfrastruktur instand gehalten und ausgebaut werden sollte.

WIE SETZT SICH DER BENZINPREIS ZUSAMMEN?

Anteil der Steuern am Benzinpreis in Deutschland



Seit 2003 ist die Energiesteuer (damals „Mineralölsteuer“) nicht mehr erhöht worden. Sollte die Steuer auf fossile Kraftstoffe erhöht werden, um den Klima- und Umweltschutz voranzutreiben? Welche Vor- und Nachteile hätte diese Maßnahme für Verbraucher, den Warentransport, die Automobilindustrie, den öffentlichen Nahverkehr? Sammelt gemeinsam Argumente!

WOW • SCHON GEWUSST?

Die Kraftstoffpreise schwanken. In Zeiten hoher Kraftstoffpreise kommt in den Medien regelmäßig der Vorwurf auf, der Staat verdiene an wachsenden Preisen kräftig mit. Aber: Die Energiesteuer ist eine Mengensteuer und hängt somit nicht vom Preis ab. Wenn die Preise steigen, kaufen die Menschen in der Regel weniger Kraftstoff. Dadurch sinken dann auch die vom Staat eingenommenen Energiesteuern. Dies gleicht er durch höhere Umsatzsteuereinnahmen aus (die Umsatzsteuer wird ebenfalls beim Kraftstoffkauf erhoben, und sie ist preisabhängig). Hier sollte bedacht werden: Der Verbraucher kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Gibt er mehr für Kraftstoffe aus, muss er an anderer Stelle einsparen!

Dies widerspricht jedoch den Grundlagen des deutschen Steuersystems, dem sogenannten **Gesamtdeckungsprinzip**. Das bedeutet: *Alle* Steuereinnahmen dienen als allgemeine Haushaltseinnahmen der Deckung *aller* Ausgaben des Staates. Die Einnahmen aus der Kfz-Steuer sind also **nicht zweckgebunden** nur für den Bau und Erhalt von Autobahnen und Straßen verwendbar. Staatliche Finanzplanung ist ein demokratischer Prozess, der ausgehandelt werden muss. Ob mehr in Kindergärten, Umweltschutz oder Verkehr investiert wird, entscheiden die Mehrheiten in den Parlamenten.

+ ENERGIESTEUER: EINE ABGABE AUF BRENNSTOFFE

Bei der Planung seiner Finanzen rund um das neue Auto sollte Marc auch an die Energiesteuer denken – denn die bezahlt er jedes Mal beim Tanken. Die Energiesteuer ist eine Steuer auf fossile Energieträger, beispielsweise auf Kraftstoffe, Heizöl, elektrische Energie oder Kernbrennstoffe. Da sie Energieträger teurer macht, setzt der Staat mit der Steuer einen Anreiz für die Verminderung des Energieverbrauchs und zielt so auf stärkeren Umwelt- und Klimaschutz ab. Die Energiesteuer ist also eine **Verbrauchssteuer** und ebenso eine **indirekte Steuer** mit erwünschter Lenkungsabsicht. Früher hieß die Energiesteuer „Mineralölsteuer“ – sie ist die drittstärkste Einnahmequelle des Bundes nach den Umsatz- und den Einkommensteuern.

DER BUNDESHAUSHALT: EINNAHMEN UND AUSGABEN DES STAATES

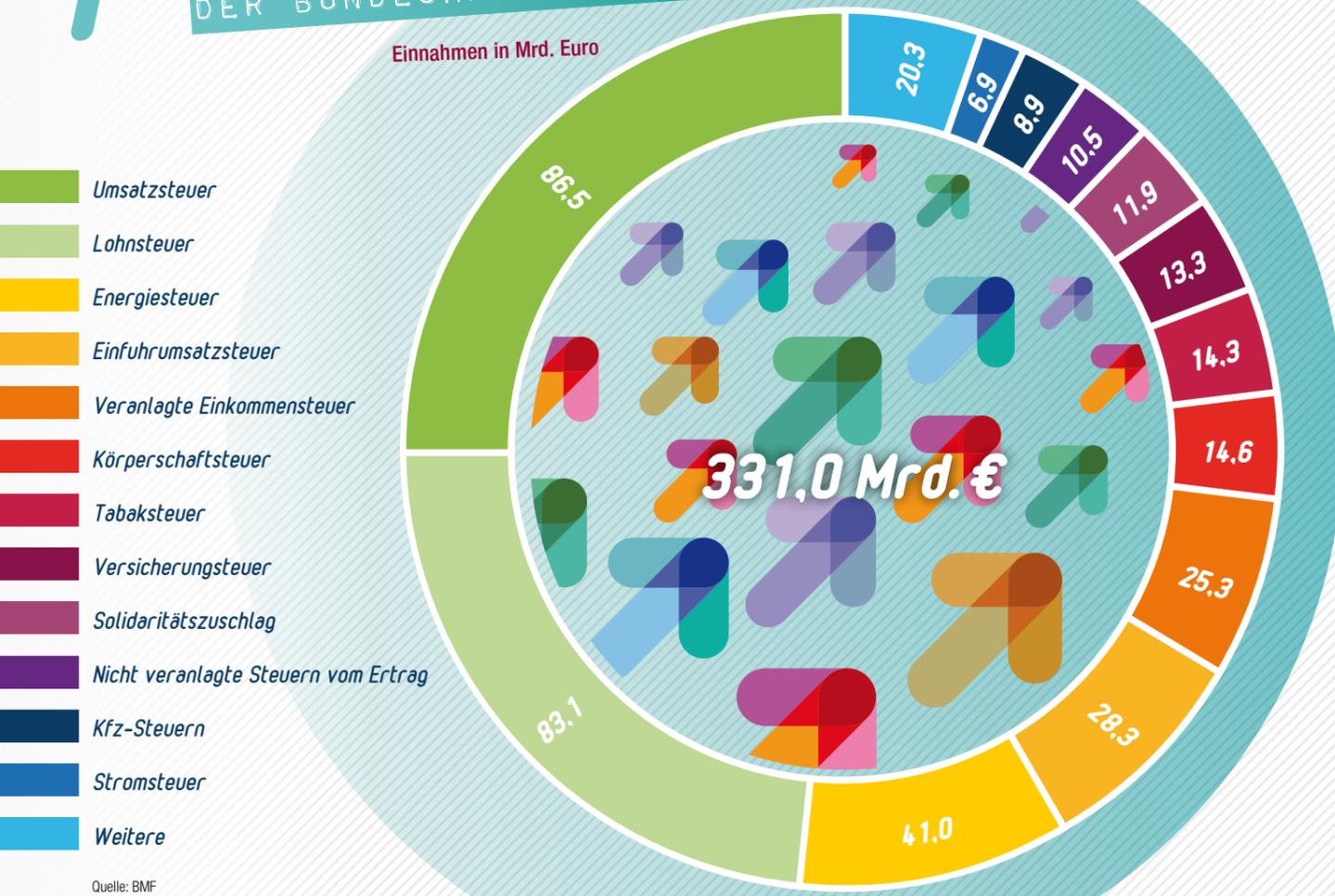


Mara hatte früher Geldprobleme: zu viel im Internet geshoppt, zu häufig spontan Essen bestellt. Nur zwei, drei Klicks auf dem Smartphone – schon hatte sie bestellt und ganz praktisch über Dienste wie PayPal bezahlt. Ohne darauf zu achten, wie viel sie ausgibt. Es gab ein unsanftes Erwachen. Seitdem führt Mara Listen: Regelmäßige Einnahmen in einer Spalte – und summiert in der anderen Spalte summiert sie ihre fixen Kosten und das, was sie jeden Monat braucht. Klar kauft sie auch mal ein Kleid spontan, aber viele Ausgaben plant Mara jetzt im Voraus.

Der Staat plant seine Finanzen mit dem Bundeshaushalt im Prinzip sehr ähnlich: Auf der linken Seite stehen die Steuereinnahmen aus den unterschiedlichen Steuerarten – auf der Ausgabenseite (rechts) werden die Finanzbudgets für die staatlichen Aufgaben festgelegt. Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein, damit kein Haushaltsloch entsteht.



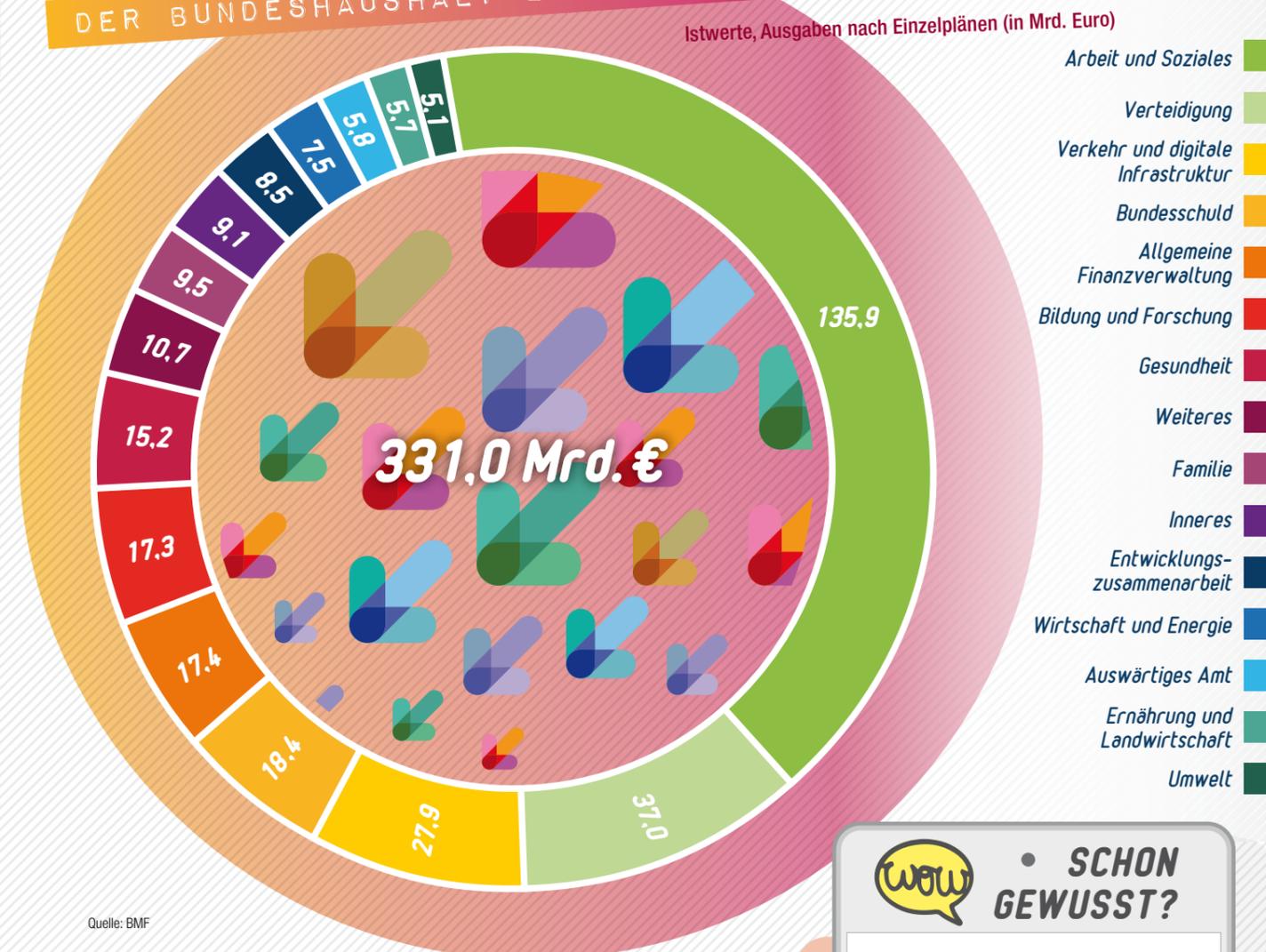
DER BUNDESHAUSHALT 2017 - EINNAHMEN*



* Istwerte des Haushaltsjahres 2017



DER BUNDESHAUSHALT 2017 - AUSGABEN



Quelle: BMF

Hier findest du einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben des Staates. Auf den Seiten 20 bis 25 werden Ausgaben und Leistungen aufgeführt, mit denen du und andere junge Menschen in Kontakt kommen: Familien- und Bildungspolitik, Gesundheits- und Umweltpolitik. Dies ist aber nur ein Ausschnitt aller Ausgaben der Bundesregierung. Selbstverständlich gibt es weitere: das Budget für Verteidigung, die nationale Sicherheit, die Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur, die Sozialausgaben oder die Entwicklungszusammenarbeit. Einen Überblick auf die gesamte Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Bundesregierung gibt es unter www.bundeshaushalt.de



WOW • SCHON GEWUSST?

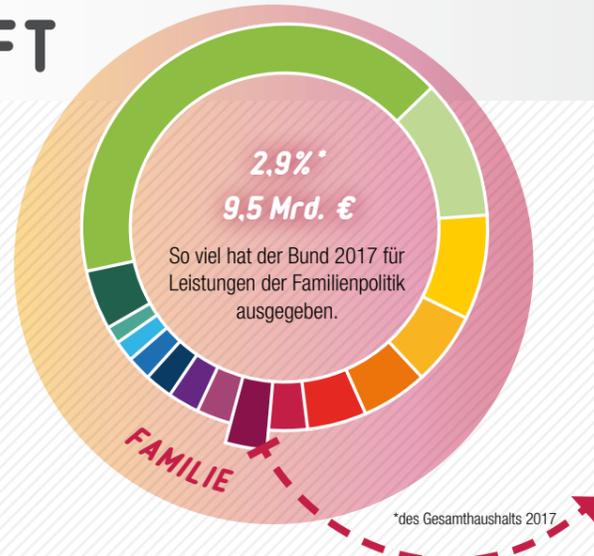
Warum sind solide Staatsfinanzen wichtig?

Wer mehr Geld ausgibt, als er verdient oder als er auf dem Konto hat, muss Kredite aufnehmen – also Schulden machen, um finanziell handlungsfähig zu bleiben. Macht ein Staat Schulden, belasten diese die Handlungsfähigkeit über Jahre hinweg, da Ausgaben für die Schuldentilgung und die Zinsen anfallen. Dieses Geld fehlt dem Staat dann an anderer Stelle. Mit jedem Jahr, in dem Kredite aufgenommen werden, steigt die Schuldenbelastung an. Wird die Schuldenlast zu hoch, kann der Staat seine Aufgaben nicht mehr erfüllen.

► mehr auf S. 7

FAMILIE UND ZUKUNFT

Es gibt etwas zu feiern: Moritz hat seinen Realschulabschluss in der Tasche! Die ganze Familie sitzt zum Grillen im Garten. Im Herbst wird Moritz seine Ausbildung beginnen. „Wenn Du bald dein eigenes Geld verdienst, dann hab ich auch etwas davon!“ schmunzelt Oma Maria. Moritz überlegt eine Weile – was seine Oma damit wohl meint?



finanzielle Entlastung der Eltern bis hin zur Gebührenfreiheit für Kita-Plätze und eine Steigerung der Qualität in der Kinderbetreuung. Ebenso hat die Regierung die Einführung eines Baukindergelds beschlossen – einer staatlichen Förderung beim Hausbau und Hauskauf. Familien mit Wohneigentum können 1.200 Euro pro Kind und Jahr für einen Zeitraum von zehn Jahren erhalten.

Quelle: Koalitionsvertrag der Bundesregierung vom 14. März 2018 | www.bundesregierung.de

+ DAS UMLAGEVERFAHREN: DER GENERATIONENVERTRAG

Die gesetzlich festgeschriebene Rente, die Moritz' Oma erhält, basiert auf dem sogenannten Generationenvertrag – auf der Idee der Solidarität der Generationen: Moritz' Eltern arbeiten und sichern mit ihren Beiträgen zur Rentenversicherung die Finanzierung der Renten der Großelterngeneration. Moritz wird mit Beginn seiner Ausbildung die gleiche Verpflichtung übernehmen und unterstützt, wenn er arbeitet, somit auch seine Großmutter. Das bedeutet: Die heute gezahlten Renten werden aus den heute gezahlten Beiträgen aller Erwerbstätigen gezahlt. Die gesetzlichen Renten werden also nicht jahrelang angespart, sondern direkt „umgelegt“, daher nennt man dieses Verfahren auch „Umlageverfahren“.



+ FAMILIEN ALS BASIS DER GESELLSCHAFT

Das Familienleben ist die Grundlage gesellschaftlichen Lebens – so die Vorstellung in Deutschland und vielen anderen Staaten. Somit ist die Familie auch die Basis für ein funktionierendes Staatswesen – heute wie in der Zukunft. Im Grundgesetz ist verankert, dass der Staat Familien besonders fördert und schützt. Die Familienpolitik in Deutschland hat dabei auch das Ziel, Kinder zu unterstützen. Es geht darum, die Chancengleichheit auch von einkommensschwächeren Familien zu sichern, besondere Belastungen durch Erziehung und Pflege abzufedern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Familienpolitik umfasst also gleich mehrere Politikfelder: **die Sozial-, die Steuer- und die Arbeitsmarktpolitik.**

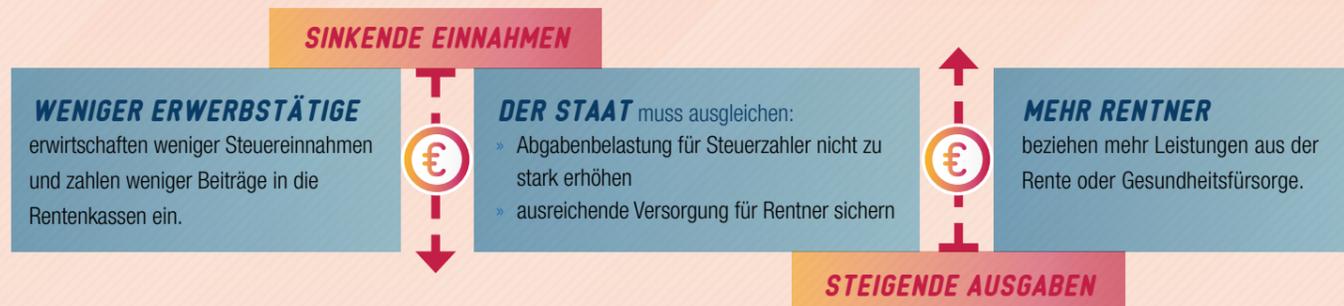
+ FAMILIENPOLITISCHE REFORMEN DER BUNDESREGIERUNG

Der Koalitionsvertrag vom März 2018 stärkt die Förderung der Familien und schreibt eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro pro Monat fest, entsprechend erhöht sich auch der Kinderfreibetrag. Ebenso soll der Kinderzuschlag zur Bekämpfung von Kinderarmut erhöht werden und in Zukunft leichter zu beantragen sein. Zudem gibt es mehr Geld für den Kita-Ausbau: Geplant sind eine

DER DEMOGRAFISCHE WANDEL:

DIE GESELLSCHAFT ALTERT.

Seit Jahrzehnten lässt sich eine Entwicklung in Deutschland und vielen anderen Ländern beobachten: Die Menschen leben länger, und es werden im Schnitt weniger Kinder geboren als etwa noch in den 1980er- und 1990er-Jahren. Daher steigt der Anteil der Älteren in der Gesellschaft, während die Zahl der Jüngeren abnimmt. Das nennt man den Demografischen Wandel – und er hat Folgen für die öffentlichen Finanzen und die Sozialsysteme:



DER STAAT UNTERSTÜTZT FAMILIEN...

So unterschiedlich Menschen leben, so unterschiedlich sind auch Familienmodelle. Eine gerechte Familienpolitik versucht, die Leistungen an die Bedürfnisse anzupassen.

... durch Bereitstellung von Infrastruktur, z. B.:

- › Tagesbetreuung für Kinder: Kitas, Horte, Kindertagespflege
- › Schulen, Kita-Ausbau
- › Inklusionsmaßnahmen
- › Kinder- und Jugendhilfe
- › Förderung der Elternzeit

... durch Steuererleichterungen, z. B.:

- › Ehegattensplitting (► mehr auf S. 12/13)
- › Steuerfreibeträge für Kinder und Alleinerziehende

... über die Sozialversicherungen, z. B.:

- › beitragsfreie Mitversicherung bei den Eltern



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, Stand: März 2018

... mit Geldleistungen, z. B.:

- › Kindergeld: monatlich beim 1. und 2. Kind: 194 Euro; 3. Kind: 200 Euro, ab 4. Kind: 225 Euro
- › Elterngeld: ersetzt 67 Prozent des wegfallenden Einkommens maximal 14 Monate lang. Elterngeld Plus: halber Betrag, doppelte Laufzeit
- › Betreuungsgeld: Geldzahlungen für Familien, die Kinder betreuen, ohne ein öffentliches Angebot zu nutzen
- › Kinderzuschlag: Förderung von maximal 170 Euro pro Kind für gering verdienende Familien
- › Leistungen für Bildung und Teilhabe: „Teilhabepaket“: Zuschläge für bedürftige Familien (Schulbedarf, Schul- oder Kita-Ausflüge, Beförderung zur Schule, Lernförderung, Schulessen etc.)

+ DER STAAT HILFT BEI DER ALTERSVORSORGE

Ein wesentlicher Baustein der Alterssicherung ist und bleibt die **gesetzliche Rentenversicherung**. Sie sorgt dafür, dass die Versicherten auch im Alter finanziell abgesichert sind. Eine zentrale Aufgabe der Politik ist es, die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten, zu sichern und fortzuentwickeln. Gleichzeitig schafft die Politik die Rahmenbedingungen für eine solide Alterssicherung für alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten. Ziel ist, dass sich die Alterssicherung jedes Einzelnen in Zukunft neben der gesetzlichen Rente auf zwei weitere Säulen stützt: die betriebliche und die private Altersvorsorge. Damit die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner ihren gewohnten Lebensstandard auch im Alter aufrechterhalten können, wird die private Altersvorsorge wie zum Beispiel die Riester-Rente vom Staat finanziell gefördert:

- › Vorsorgebeiträge können von der Steuer abgesetzt werden.
- › Sogenannte „Riester-Renten“ erhalten zusätzlich „Riester-Zulagen“, die die eigenen Einzahlungen ergänzen.
- › Renten aus der Basis- oder „Rürup-Rente“ sind steuerfrei.
- › Förderungen fürs Eigenheim: steuerliche Vergünstigungen oder Darlehen zu günstigen Zinsen (zum Beispiel „Wohn-Riester“, Baukindergeld)

WAS BRINGT DIE DIGITALISIERUNG FÜR FAMILIEN?

Chancen
Mehr Mobilität: Flexibles Arbeiten (Zeit und Ort) hilft Eltern, Familie und Beruf in Einklang zu bringen (Home Office):

- › Zeitersparnis (Weg zur Arbeit fällt weg)
- › Zeitsouveränität (selbstbestimmte Zeitaufteilung)

Die voranschreitende Digitalisierung bringt nicht nur technischen Fortschritt, sie wird auch das Arbeits- und Familienleben der Menschen in Zukunft verändern.

SUCHT WEITERE CHANCEN UND RISIKEN!

Risiken
Entgrenzung der Arbeit:
Der Anspruch auf ständige Erreichbarkeit durch den Arbeitgeber kann ein zusätzlicher Stressfaktor sein.



Wie definiert sich eine „Familie“? Das Konzept hat sich im Lauf der Geschichte verändert, insbesondere in den letzten Jahrzehnten. Die Bundesregierung orientiert sich mit ihrer Familienpolitik nicht mehr nur an der „traditionellen“ Familie, sondern hat ein erweitertes Familienkonzept: „Familien sind, wo Kinder sind.“ Diskutiert diesen Ansatz. Überlegt auch, welchen Beitrag Unternehmen und die Arbeitgeber leisten können, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Wo gibt es noch Handlungsbedarf?



Eine Übersicht zu den wichtigsten Leistungen für Familien mit Infoteils und Online-Rechner für die Berechnung der einzelnen Leistungen nach der individuellen Familiensituation gibt es beim Bundesfamilienministerium: www.familienwegweiser.de

Einen Videoclip über die Zukunft der Alterssicherung gibt es auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: www.bmas.de ► Service ► Medien ► Videos

GUTE BILDUNG FÜR ALLE

Samira und Jan sind als Reporter für ihre Schülerzeitung unterwegs. Bald finden Wahlen statt, und sie fragen Bürger nach ihren Forderungen für die Bildungspolitik. „Puh, die Leute sind ganz schön emotional, wenn's um Bildung geht“, meint Samira. „Klar, Bildung betrifft ja auch irgendwo jeden“, sagt Jan.

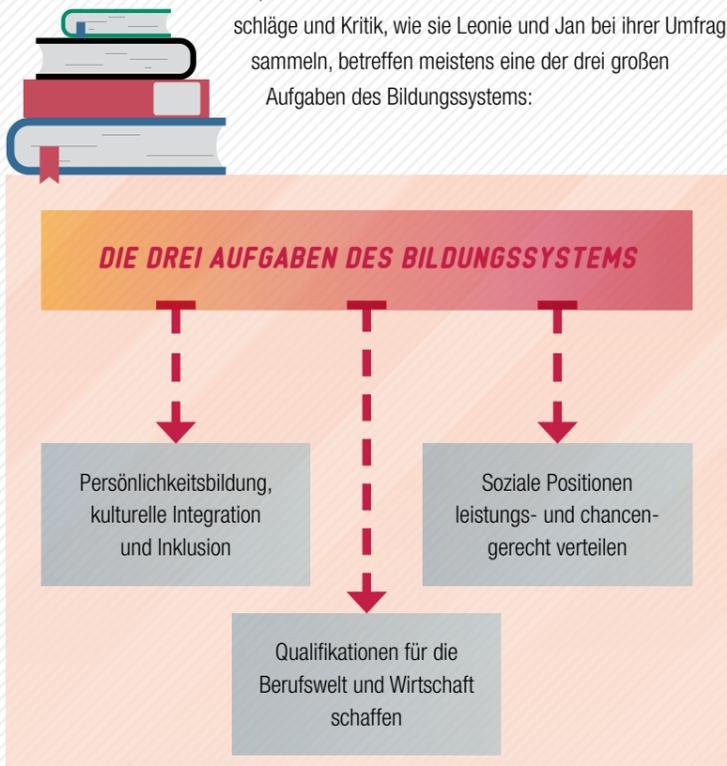


+ BILDUNG FÜR ALLE!

Bildung ist der Schlüssel für eine funktionierende Gesellschaft. Sie schafft die Voraussetzung für mündige Staatsbürger, für qualifizierte Arbeitskräfte oder soziale Chancengleichheit. Bildung ist daher ein öffentliches Gut, das allen Menschen in Deutschland offenstehen muss. In unserem föderalen System sind vor allem die Bundesländer für die Bildung zuständig, begleitet von den Kommunen, die die Schulen vor Ort verwalten. Die Bundesregierung setzt die Rahmenbedingungen und unterstützt vielfältige Bildungsinvestitionen.

+ DER STAAT SORGT FÜR DAS SYSTEM

Da Bildung dem Gemeinwohl dienen soll, ist der Staat verpflichtet, ein leistungsfähiges Bildungssystem zur Verfügung zu stellen. Inwiefern der Staat dieser Aufgabe gerecht wird und die gesellschaftlichen und individuellen Erwartungen an die Bildungspolitik erfüllt, wird immer wieder kontrovers diskutiert. Reformvorschläge und Kritik, wie sie Leonie und Jan bei ihrer Umfragesammlung, betreffen meistens eine der drei großen Aufgaben des Bildungssystems:



+ BILDUNG ALS RESSOURCE

Bildung beeinflusst nicht nur die Chancen des Einzelnen im Arbeitsleben und privat, sondern auch die Entwicklungschancen und die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften in einer globalisierten und wissensbasierten Welt – zum Beispiel die deutsche Wirtschaftskraft. Für das Wachstum der Volkswirtschaften und den Wohlstand der Bevölkerung sind solche „Humanressourcen“ und die durch Forschung und Entwicklung gewonnenen Erkenntnisse zunehmend wichtiger als Sachressourcen. Wenn der Staat also unter anderem in die Ausbildung von Samira und Jan investiert, dann investiert er gleichzeitig in die Zukunft der gesamten Volkswirtschaft.

Quelle: Bildungsfinanzbericht Ausgabe 2017, S. 16

+ ARBEIT 4.0: DEN WEG IN DIE DIGITALISIERUNG EBENEN

Die Digitalisierung der Arbeit ist ein weltweiter Prozess, der immer schneller voranschreitet. Nicht nur die Warenproduktion wird immer stärker automatisiert, auch werden Systeme mit künstlicher Intelligenz in der Zukunft viele Dienstleistungen übernehmen. Diese Entwicklung birgt Chancen und Herausforderungen. Die Digitalisierung ist daher ein zentrales Anliegen in der deutschen Bildungspolitik. Der Staat möchte ...

- » die Vermittlung von digitalen Fähigkeiten als Schlüsselkompetenz für alle Altersgruppen sicherstellen.
- » einen Rechtsrahmen für digitale Bürgerrechte und Datenschutz schaffen.
- » Hightech-Forschung und Innovation fördern.
- » die digitale Infrastruktur in Deutschland flächendeckend ausbauen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2018

+ BILDUNG ALS SCHLÜSSEL FÜR DEN ARBEITSMARKT

Weiterbildung und Qualifizierung sind ebenfalls wichtige Instrumente in der Arbeitsmarktpolitik. Das Risiko, langzeitarbeitslos zu sein, ist für Geringqualifizierte wesentlich höher als für Arbeitssuchende mit einer abgeschlossenen Ausbildung. Daher sind staatlich geförderte Qualifizierungsmaßnahmen ein wichtiger Schritt, um Menschen,

BILDUNGSPOLITISCHE REFORMVORHABEN DER BUNDESREGIERUNG

laut Koalitionsvertrag vom 14. März 2018

- » Ein **Nationaler Bildungsrat** erarbeitet Vorschläge für Reformen im Bildungswesen.
- » Die **Investitionsoffensive für Schulen** unterstützt die Bundesländer beim Ausbau der Bildungsinfrastruktur: Schulsanierung, Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung oder berufliche Schulen.
- » **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** für alle Kinder im Grundschulalter bis 2025
Investitionen zur Umsetzung: 2 Mrd. Euro
- » **Digitalpakt**: Ausstattung aller 40.000 Schulen in Deutschland mit digitalen Endgeräten, Netzwerken, WLAN-Verbindungen und sicheren Cloud-Lösungen
Investitionen zur Umsetzung: 5 Mrd. Euro
- » Auszubildende erhalten eine gesetzlich festgelegte **Mindestausbildungsvergütung**
- » **höheres BAföG und Aufstiegs-BAföG**: finanzielle Unterstützung für einen beruflichen Aufstieg, z. B. für den Meisterabschluss oder ein duales Studium
- » Weiterführung des **Hochschulpaktes**: finanzielle Hilfen für Hochschulen aufgrund der gestiegenen Zahl von Studierenden
- » **Hightech-Strategie (HTS)**: Förderung von Forschungsvorhaben zur Digitalisierung und für Zukunftstechnologien

Quelle: Koalitionsvertrag vom 14. März 2018 | www.bundesregierung.de



Recherchiert die Bedeutung des Begriffs „Arbeit 4.0“. Wofür steht der Zusatz „4.0“? Welche Chancen und Herausforderungen werden zu diesem Thema diskutiert? Wie stellt ihr euch euren Arbeitsplatz in der Welt der „Arbeit 4.0“ vor? Skizziert eure Berufswünsche und überlegt gemeinsam, wie diese Berufe in der Zukunft aussehen könnten.

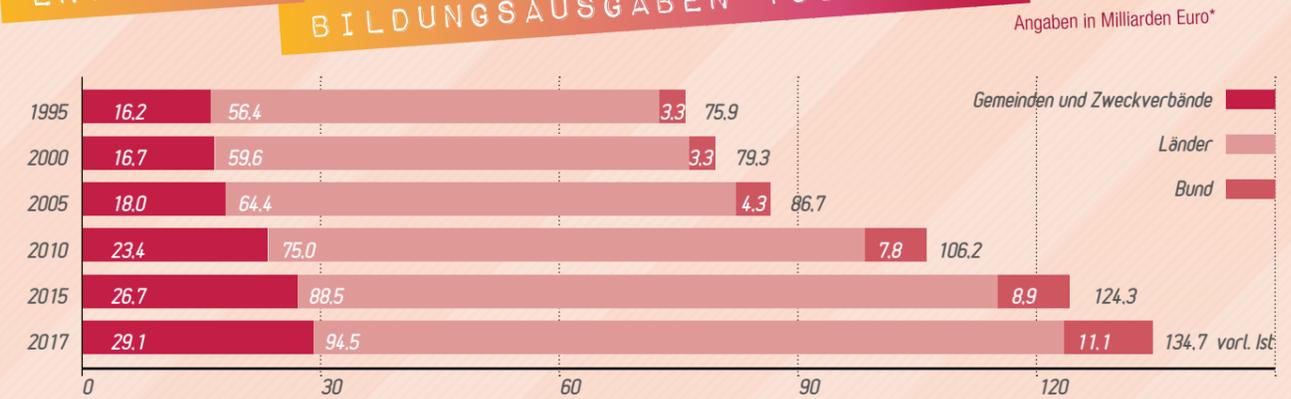
die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Aus diesem Grund plant die Bundesregierung, das sogenannte **Eingliederungsbudget** für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den sozialen Arbeitsmarkt um vier Milliarden Euro zu erhöhen.

+ STAATLICHE BILDUNGSAUFGABEN

Samira und Jan haben in ihrem Leben schon eine Vielzahl der öffentlichen Angebote für Bildung genutzt. Die meisten davon stehen kostenlos zur Verfügung.

- » Bildungseinrichtungen allgemein: (Krippen, Kindergärten, Schulen, Berufsbildung, Hochschulen)
- » Lernmittel (Schulbücher, IT-/Labor-Ausstattung, Sportgeräte etc.)
- » Investitionen in die Digitalisierung
- » Gebäude/Grundstücke der Bildungseinrichtungen: (Miete, Instandhaltung, Maßnahmen zur Inklusion/Barrierefreiheit)
- » Finanzierung des Lebensunterhalts von Bildungsteilnehmern (BAföG, Kindergeld für Volljährige)
- » Weiterbildung (Lehrkräfte, betriebliche Weiterbildung, Horte, Jugendarbeit, Inklusionshelfer, Volkshochschulen, Bildungsträger für die Qualifizierung von Arbeitsuchenden)
- » Sondervermögen Kinderbetreuungsbaus
- » Allgemeine Verwaltung: Rathäuser, Ministerien, Finanzverwaltung etc.
- » Schülerbeförderung
- » Betriebliche Ausbildung im Dualen System
- » Forschungsprojekte (Hochschulen, Betriebe, Forschungsinstitutionen)
- » Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren
- » Gehälter und Sozialabgaben: Erzieher/innen, Hochschulprofessor/innen, Lehrkräfte, weiteres Personal an Bildungseinrichtungen (rund 70 Prozent der Ausgaben für Bildungseinrichtungen)

ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN BILDUNGS-AUSGABEN 1995-2017

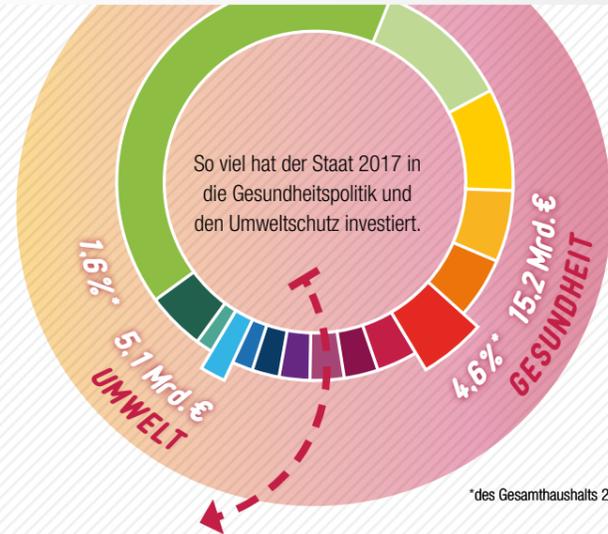


* Aufgrund von Rundungen können Differenzen in der Addition entstehen

Quelle: Bildungsfinanzbericht Ausgabe 2017 | www.destatis.de

FÜRSORGLICH UND NACHHALTIG

Moritz Hansen wird von seiner Familie aus dem Krankenhaus abgeholt: Mountainbike gefahren, gestürzt, Arm gebrochen – aber alles wird wieder gut. „Wenn man alles mal zusammenzählt...“, wirft Moritz' Vater ein: „...der ständige Heuschnupfen deiner Schwester, Opa hat Diabetes und braucht Insulin, mein Bandscheibenvorfall letztes Jahr – was das für ein Geld kostet!“



Manchmal kommt bei der Gesundheit einiges zusammen. Aus eigener Kraft würde Moritz' Familie die aktuellen Kosten für das Krankenhaus, die Ärzte und alle Medikamente kaum stemmen können. Das deutsche Gesundheitssystem steht daher weitgehend kostenlos allen Menschen zur Verfügung – es wird aus den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung und unter anderem aus Steuergeldern finanziert.

+ DIE GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG (GKV)

Die GKV ist die wichtigste Säule des deutschen Gesundheitssystems. Rund 70 Millionen Menschen sind in der GKV versichert. Das sind rund 90 Prozent der Bevölkerung. Die GKV übernimmt weitgehend alle Kosten, die für die Behandlung, Vorbeugung und weitere finanzielle Risiken von Krankheiten anfallen. Sie hat die Aufgabe, für jeden Menschen in Deutschland die medizinische Grundversorgung sicherzustellen, über Krankheiten und Risiken aufzuklären und auf eine gesunde Lebensführung hinzuweisen.

Die GKV ist Teil des **gesetzlichen Sozialversicherungssystems**, zu dem auch die Renten- und die Arbeitslosenversicherung gehören. Sie finanziert sich aus den Beiträgen der Versicherten und aus Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt. Rund 96 Prozent der Ausgaben des Bundesministeriums für Gesundheit kommen aus dem Bundeshaushalt – das sind 14,5 Milliarden Euro – und gehen an die GKV.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts jedoch finanziell und organisatorisch unabhängig.

Quelle: Text nach: GKV Spitzenverband, www.gkv-spitzenverband.de | Bundeshaushalt.info, www.bundeshaushalt-info.de

GESUNDHEITSPOLITISCHE REFORMVORHABEN

laut Koalitionsvertrag vom 14. März 2018

- » **Verbesserung der häuslichen Versorgung**, indem pflegende Angehörige stärker unterstützt werden
- » **Bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung** von Betreuern und Fachkräften in der Alten- und Krankenpflege sowie flächendeckende Tarifverträge und Pflegemindestlohn
- » **„Konzertierte Aktion Pflege“**: Mehr Pflegepersonal in der Altenpflege und in Krankenhäusern – dazu 8.000 neue Stellen als Sofortmaßnahme sowie Weiterqualifizierungsmaßnahmen für Pflegekräfte
- » Arbeitnehmer und -geber teilen die **Beiträge zur Krankenversicherung** wieder 50:50.
- » **Bessere Versorgung mit Ärzten** im ländlichen Raum
- » **Verbot des Versandhandels** mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln
- » Digitalisierung: **E-Health und Gesundheitswirtschaft**, die „Datenautobahn“ für das Gesundheitswesen (Telematikinfrastruktur); Investitionen in Vernetzung und Management von medizinischen Informationen und Patientendaten im Gesundheitswesen – alle Praxen sollen an das System angeschlossen werden
- » **Elektronische Patientenakte**: Patientendaten (Diagnosen, Behandlungen, Medikamente etc.) werden digital gespeichert und sind für medizinische Fachkräfte abrufbar.

Quelle: Bundesregierung, Koalitionsvertrag vom 14. März 2018, www.bundesregierung.de

+ UMWELTPOLITIK

Wenn der Staat etwas für den Umweltschutz tut, sind das zum Teil ebenfalls Investitionen in die Gesundheit, weil Moritz auf dem Weg zur Schule weniger Abgase und Feinstaub einatmen muss, seine Schwester Anja im Sommer in einen sauberen Badesee hüpfen kann und beide sich darauf verlassen können, dass in den Lebensmitteln keine Giftstoffe enthalten sind.

Ein Staat, der in den Umwelt- und Klimaschutz investiert, sichert damit auch die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung. Umweltschutz bedeutet aber nicht nur Menschenschutz, sondern ist auch ein Selbstzweck, indem der Staat die ethische Verantwortung für die Tier- und Pflanzenwelt übernimmt und den Erhalt der natürlichen Ressourcen fördert.

AUFGABEN FÜR DEN UMWELTSCHUTZ

HIGHTECH-STRATEGIE

- » Forschung für nachhaltiges Wirtschaften und Energie: Konsum und Produktion sollen ressourcenschonender, umweltfreundlicher und sozialverträglicher werden.

NATIONALE & INTERNATIONALE KLIMASCHUTZ-INITIATIVEN

- » Aktionen zum Energiesparen
- » das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
- » Gebäudesanierungsprogramm
- » Förderung nachhaltiger Energieversorgung der Haushalte



ENERGIEWENDE

- » Ausstieg aus der Atomkraft und Übergang von den nicht nachhaltigen fossilen Energieträgern zu einer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien
- » Förderung von Elektrofahrzeugen

SCHUTZ DER NATUR & ARTENVIELFALT

- » Zuschüsse an Umweltschutz-Initiativen, z.B. für Artenschutz, Landschaftsschutz, Reinhaltung von Gewässern und Luft, Lärmbekämpfung, Bodensanierung
- » Gelder für Naturschutzgebiete
- » internationale Projekte zum Naturschutz

ENTSORGUNG & AUFBEREITUNG

- » Reaktorsicherheit und Entsorgung kerntechnischer Abfälle (Bund)
- » städtische Müllentsorgung und Recycling
- » Abwasserreinigung / Klärwerke (in der Verantwortung der Kommunen, auch private Unternehmen)

Quelle: Bundeshaushalt.info, Bundesfinanzministerium.de, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, www.bmu.de, www.klimaschutz.de



In Zukunft wird der Anteil älterer Menschen in Deutschland steigen (► mehr auf S. 20/21). Überlegt zu zweit, welche Herausforderungen diese Entwicklung für das Gesundheits- und Pflegesystem der Zukunft mit sich bringt. Entwickelt Vorschläge, wie die Politik und die Bürger darauf reagieren könnten. Diskutiert eure Ideen in der Klasse.

Bringt die Digitalisierung im Gesundheitswesen eher Vorteile oder Nachteile? (Stichworte: elektronische Patientenakte, E-Health, Fitness- und Gesundheits-Apps, Online-Terminvergabe, Datenschutz, Vernetzung, Online-Sprechstunden). Recherchiert hierzu im Internet und fasst Chancen und Risiken zusammen.



Auf der Seite www.bmu-kids.de des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) könnt ihr euch über Umweltaktionen und Termine informieren und tolle Apps herunterladen.

Das deutsche Gesundheitssystem in vier Minuten auf



YouTube erklärt:



WOW • **SCHON GEWUSST?**

Rund 1 Mrd. € gibt Deutschland täglich für die Gesundheit aus.

4.330 € kostet die Gesundheit jedes Bürgers durchschnittlich im Jahr.

Mit 11,3% des BIP ist Deutschland auf Platz drei hinter den USA und der Schweiz mit den höchsten Gesundheitsausgaben, gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft des Landes.

GEMEINSAME WERTE – GEMEINSAMER MARKT



Lukas bereitet mit Austauschschülern ein Schulfest zum Europatag vor. Sie planen eine Ausstellung unter dem Motto: „Typisch EU!“ Aber was ist typisch? „Ich kann innerhalb der EU überall lernen, arbeiten, leben, mich frei bewegen“, sagt Chloé. „Ich muss kein Geld umtauschen, wenn ich in den Urlaub fahre“, wirft Mårek ein. Das war nicht immer so! Als der Zweite Weltkrieg vorbei war, lag Europa in Trümmern. Nur allmählich baute man Städte und Länder wieder auf, demokratische Regierungssysteme entstanden. Die Wirtschaft kam wieder in Schwung. Aus der Erfahrung des Krieges wollte Europa dauerhaften Frieden schaffen, die Demokratie fördern und die Menschenrechte sowie den wachsenden Wohlstand sichern – für alle. Was zunächst mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit begann, führte schrittweise zur politischen Zusammenarbeit in der heutigen Europäischen Union (EU). Im Jahr 2018 zählt die EU 28 Mitgliedstaaten.

DER EURO – DAS HERZSTÜCK

- EU-Länder, in denen der Euro als nationale Währung gilt
- EU-Länder, die den Euro nicht eingeführt haben



DIE EUROPÄISCHE UNION UND DER EURO

Rund 337 Millionen Menschen nutzen den Euro als Zahlungsmittel. 19 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben ihre nationalen Währungen aufgegeben und den Euro als Gemeinschaftswährung übernommen. Seine Vorteile: Die Gemeinschaftswährung baut Handelshindernisse ab, es fallen keine Wechselgebühren an, und Verbraucher können Preise ohne Umrechnen einfach vergleichen. Auf diese Weise fördert der Euro einen zentralen Auftrag der Europäischen Union: den europäischen Binnenmarkt.



+ DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Ein gemeinsamer Markt vieler Staaten braucht vor allem eines: eine solide, gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik. Das gilt auch für den **Binnenmarkt in der EU** (► mehr auf S. 27). Alle EU-Mitgliedstaaten – ob sie den Euro eingeführt haben oder nicht – gehören der **Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** an. Sie bildet den Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und entwickelt Lösungen für finanzielle Politikfelder und Herausforderungen, wie zum Beispiel:

- » Abbau von Handelshemmnissen (beispielsweise Zölle)
- » gemeinsame Währung (Euro) und gemeinsamer Binnenmarkt
- » gemeinsame Zentralbank (EZB)
- » übergeordnete finanz- und währungspolitische Institutionen
- » gemeinsamer Rechtsrahmen für Wirtschaft und Handel
 - EU-Datenschutzverordnung oder -Verbraucherschutzgesetz
- » Zusammenarbeit von Regierungen und nationalen Banken



FINANZPOLITISCHE INSTITUTIONEN DER EU

Diese finanzpolitischen Institutionen regeln, verwalten und schützen den freien Kapitalverkehr und die gemeinsame Währung in der EU.

Die Europäische Bankenunion besteht aus wichtigen Institutionen und Verfahren, die geschaffen wurden, damit Bankenrisiken der Währungsunion künftig keine Probleme bereiten können:

- » EZB als zentrale Bankenaufsichtsbehörde im Euroraum im Rahmen des einheitlichen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM)
- » Im Rahmen des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (SRM) hat eine europäische Abwicklungsbehörde die Abwicklung systemrelevanter Banken im Euroraum übernommen, die in eine Schieflage geraten sind.
- » Einlagensicherung und Anlegerschutz: Banken müssen für den Krisenfall genug Eigenkapital vorweisen. Die Bankeinlagen von Kunden sind bis zu 100.000 Euro geschützt.

Der Europäische Rechnungshof in Luxemburg

- » kontrolliert als unabhängige externe Rechnungsprüfstelle die ordnungsgemäße Erhebung und Verwendung der Einnahmen und die Planung der Ausgaben der EU.

Der ECOFIN-Rat (Rat für Wirtschaft und Finanzen)

Teil des Rates der EU in Brüssel

- » ist das Forum der Wirtschafts- und Finanzminister aller EU-Mitgliedstaaten.
- » bringt gemeinsame Initiativen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik innerhalb der EU auf den Weg.
- » stellt den Jahreshaushaltsplan der EU auf (► mehr auf S. 29) und überwacht die Haushaltspolitik aller EU-Staaten.

Die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main

- » ist die Hauptbank und die gemeinsame Währungsbehörde aller Euro-Länder.
- » ist die zentrale Bankenaufsichtsbehörde im Euroraum und zuständig für Verwaltung und Stabilität des Euro.
- » reguliert die Geldmenge, setzt die Leitzinsen fest und betreibt die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU.



Quelle: Europäische Union/BMF



Eine Billion Mark!? Lara kann es nicht fassen: Opa Herbert hat eine gerahmte Banknote aus dem Jahr 1923 an der Wand hängen. Mit Leiterwagen haben die Leute damals ihren Lohn nach Hause gekarrt – ein Wagen voller Geld, doch zu wenig, um ein Brot zu kaufen. Wenn eine Währung dramatisch an Wert verliert, spricht man von **Inflation**. Und heute? Seit der Einführung des Euro ist das nicht passiert. Denn trotz großer Herausforderungen wie der globalen Finanzkrise von 2008 und der Staatsschuldenkrise in der EU im Jahr 2010 ist der Euro stabil.



WEITERDENKEN

„Europa bedeutet für mich ...“

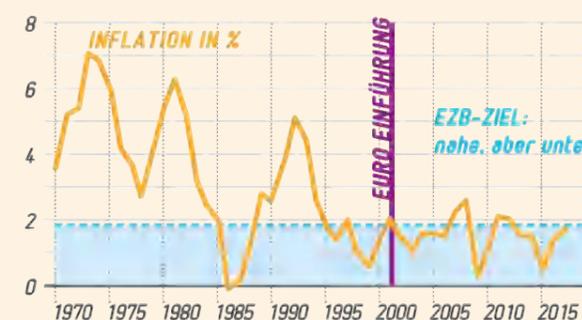
Vervollständige diesen Satz auf einem Blatt Papier. Fügt eure Europa-Sätze in einer Collage oder digital in einer Präsentation zusammen. Ihr könnt zusätzlich auch Bilder, Videos und Fotos ergänzen, die in euren Augen für Europa stehen.

+ EIN STARKER WECHSELKURS

Der Euro ist als Währung noch ein Teenager. Doch in seinen ersten 16 Jahren hat er schon einiges durchgemacht. Bei allem Auf und Ab: Die Schwankungen blieben gering.

JAHR	€ zu \$
2000	0,9393
2002	1,0488
2004	1,3567
2006	1,3200
2008	1,3978
2010	1,3391
2012	1,3187
2014	1,2098
2016	1,0517
2018*	1,1508

Quelle: Börse.de, *Stand: 10/2018



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2017

DIE GRUNDFREIHEITEN DES BINNENMARKTS

DER BINNENMARKT STÜTZT SICH AUF VIER SÄULEN:

- | | | | |
|--|--|---|---|
| I.
freier Verkehr von
WAREN | II.
freier Verkehr von
PERSONEN | III.
freier Verkehr von
DIENT-LEISTUNGEN | IV.
freier Verkehr von
KAPITAL |
|--|--|---|---|



SCHON GEWUSST?

DER ESM: AUS DER KRISE GEBOREN

2010 wurde trotz stabilem Euro klar: Einige EU-Mitgliedstaaten hatten sich so hoch verschuldet, dass sie praktisch pleite waren. Sie finanzierten ihre Ausgaben und ihr Wirtschaftswachstum „auf Pump“. Dies war der Beginn eines Teufelskreises: Um zahlungsfähig zu bleiben, mussten die Staaten weitere Schulden aufnehmen. Die Banken verloren das Vertrauen, ihr Geld niemals wiederzubekommen, und verlangten hohe Zinsen. Verschuldete Staaten gerieten so in einen Schuldenkreislauf. Auf diese Schuldenkrise antwortete die EU mit Stabilitätsmaßnahmen: Der **Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)** unterstützt seit 2012 überschuldete Mitgliedstaaten durch Kredite und Bürgschaften. Der ESM dient auch als regulierendes Frühwarnsystem, um zukünftige Staatsschuldenkrisen zu verhindern.

DIE ZUKUNFT DES EURORAUMS



WEITER KLICKEN

WAS IST EUROPA FÜR SIE? – Menschen beschreiben ihre Einstellung zur EU: „Zwei Generationen“, „zwei Kulturen“, „Heimat und Europa“



Währungsfonds für neuen Krisenmechanismus

www.faz.net, 26.3.2018



Europäische Finanzpolitik: Europa braucht mehr Geld

www.zeit.de, 22.3.2018



Geplanter EU-Verteidigungsfonds „Die Zeit rennt davon“

www.tagesschau.de, 7.6.2017



Warum wir einen EU-Finanzminister brauchen

www.zeit.de, 14.12.2017



EU-Visionär will den Euro für alle EU-Staaten
Der Juncker-Check – sind diese Länder reif für den Euro?

www.manager-magazin.de, 14.9.2017



EU-Kommission plant Europäischen Währungsfonds bis 2019

www.welt.de, 6.12.2017

„Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion ist kein Selbstzweck: Sie soll allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Leben mit mehr Chancengerechtigkeit ermöglichen, die Union für künftige globale Herausforderungen wappnen und jedem einzelnen ihrer Mitglieder zu mehr Wohlstand verhelfen.“

Quelle: Fünf-Präsidenten-Bericht: "Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden" – Jean-Claude Juncker in Zusammenarbeit mit Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz, Juni 2015



+ QUO VADIS, WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION?

Darf es ein bisschen mehr Europa sein – oder eher weniger? Zwei Tendenzen bestimmen im Jahr 2018 die Debatte um Europa. Die Euro-Skepsis in Teilen der Bevölkerung wächst, und einige Mitgliedsländer wünschen sich mehr Abstand von den Regulierungen der EU und stärkere nationale Souveränität. Großbritannien hat 2016 sogar den Austritt aus der EU in einem Volksreferendum beschlossen. Andere Staaten wie Frankreich plädieren dafür, die Wirtschafts- und Währungsunion zu reformieren, um die Integration zu vertiefen und die WWU stärker zu machen. Auch Deutschland setzt sich dafür ein. Ein Schwerpunkt neben dem Schuldenabbau und dem Sanieren der öffentlichen Haushalte ist die Stärkung der Wirtschaftskraft in der WWU – insbesondere der EU-Länder, die durch die Staatsschulden-

krise wirtschaftlich zurückgefallen sind. Ziel ist es, gerade dort die Arbeitslosigkeit zu verringern und für mehr Beschäftigung zu sorgen.

+ MÖGLICHE REFORMEN FÜR DIE WWU

- » Investitionen in wettbewerbsfähige Zukunftstechnologien und innovative Unternehmen tätigen
- » Das Finanzwesen in die Wirtschafts- und Währungsunion integrieren (Finanzunion), um Risiken gemeinsam zu schultern (Banken- und Kapitalmarktunion)
- » Den ESM zum gemeinsamen EU-Währungsfonds weiterentwickeln
- » Einen Europäischen Verteidigungsfonds auf den Weg bringen um die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken
- » Die Steuerung der WWU durch Reformen verbessern (mehr Transparenz, mehr Kontrolle, schlankere Koordinierung)

EUROPA STÄRKEN

DER EU-HAUSHALT 2018

Mittel für Verpflichtungen in Mrd. Euro und Anteil am Gesamtbudget in Prozent (Werte gerundet)

Forschung & Technologie

Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung

Agrarpolitik

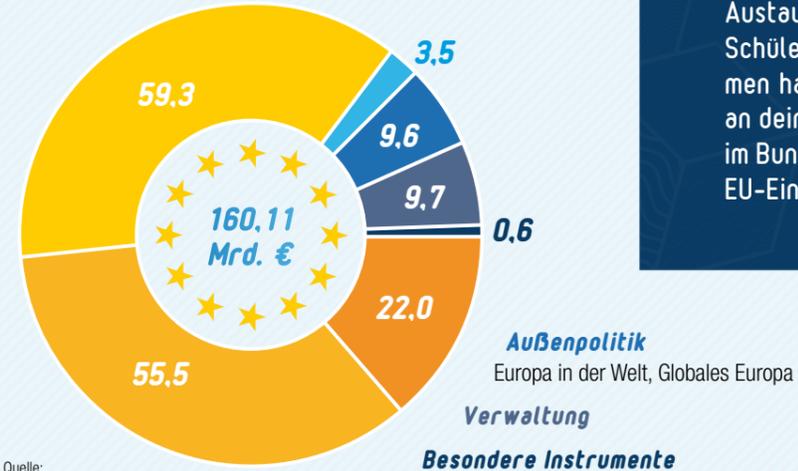
nachhaltiges Wachstum, natürliche Ressourcen

Strukturpolitik

wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt

Innenpolitik

Sicherheit und Unionsbürgerschaft



Quelle: Europäische Kommission, Jahreshaushalt; ec.europa.eu



+ EINNAHMEN UND AUSGABEN

Alle Länder der EU haben einen gemeinsamen Haushalt. Wie bei einem nationalen Haushalt müssen auch in der EU die Ein- und Ausgaben ausgeglichen sein. Anders als die Mitgliedstaaten darf sich die EU selbst nicht verschulden, und sie darf auch keine Steuern erheben. Ihre Einnahmen, die sogenannten „Eigenmittel“, erhält die EU aus verschiedenen Quellen:

DIE EINNAHMEN DER EU

in Mrd. Euro und Anteil am Gesamtbudget in Prozent (Werte gerundet)

Mehrwertsteuer-Eigenmittel:

Anteil an der von den Mitgliedstaaten erhobenen Umsatzsteuer

0,9%

BNE-Eigenmittel:

Beiträge der Mitgliedstaaten; jedes EU-Land überträgt einen Standard-Prozentsatz seines Bruttonationaleinkommens (BNE) an die EU.

7,4%

Traditionelle Eigenmittel:

aus Zöllen auf Importe von Nicht-EU-Staaten und Zuckerabgaben

14,0%

Sonstige Einnahmen:

Steuern auf die Gehälter der EU-Bediensteten, Bankzinsen, Beiträge von Drittländern zu bestimmten EU-Programmen

11,1%

Restbudget

66,6%



Was macht die EU mit ihrem Geld? Stellt in Partnerarbeit ein EU-Programm vor. Recherchiert hierfür nach Projekten an eurer Schule und in eurer Stadt bzw. Gemeinde. Scannt den QR-Code: Auf dieser Landkarte sind Orte mit Projekten getaggt, die mithilfe von EU-Geldern aus der Regionalpolitik finanziert werden. Entwickelt in Kleingruppen Ideen für Projekte, die die EU fördern sollte.



VOM EU-HAUSHALT PROFITIEREN ALLE
Aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlt Deutschland den größten Beitrag zum EU-Haushalt. Rund 21 Prozent der EU-Haushaltsausgaben werden von deutschen Steuerzahlern finanziert. Deutschland ist aber auch ein großer Empfänger von EU-Leistungen und profitiert von den Vorteilen des europäischen Binnenmarkts (► mehr auf S. 27): Frieden, politische Stabilität, Sicherheit und die Freiheit, überall in der Union leben, arbeiten, studieren und reisen zu können.

DIE WELT DER FINANZEN



Tom und Alex sitzen im Proberaum ihrer Band. Tom ist aufgeregt und traurig zugleich. Sein Vater geht beruflich für ein Jahr in die USA – die Familie begleitet ihn. Boston – wie cool ist das denn?! Aber was wird aus der Band? „Wir proben über Skype, null Problemo“, meint Alex. „Und ich überweise das Geld für die Bandkasse jeden Monat?“, überlegt Tom. „Ja, oder noch einfacher – per App“, entgegnet Alex. „In Dollar oder Euro?“ – „Das regelt die App schon selbst...“



Wie viele andere Lebensbereiche erlebt auch die Finanzwelt die Globalisierung und Digitalisierung. Um die Chancen dieser Entwicklung zu nutzen und Risiken abzufedern, benötigt es gemeinsame, globale Lösungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

+ GLOBALISIERUNG: INTERNATIONAL VERNETZTE WIRTSCHAFT

Seit den 1980er-Jahren erleben der globale Warenverkehr und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit einen massiven Aufschwung – die „Globalisierung“. Die Globalisierung ist eine hochkomplexe und auch widersprüchliche Entwicklung, die viele gesellschaftliche Bereiche betrifft: Einerseits entwickelte sich eine enge, internationale Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik mit viel Potenzial für Wohlstand und Wachstum – viele Länder haben vom weltweiten Handel profitiert. Andererseits bringt die Verschärfung des globalen Wettbewerbs um Märkte, Produktionsstandorte und Arbeitskräfte, die den Wohlstandsgewinn ermöglicht, viele Herausforderungen mit sich. Probleme wie der fortschreitende Klimawandel, Handels- und Interessenskriege, daraus resultierende Fluchtbewegungen und Terrorismus machen dabei deutlich, dass die internationale Gemeinschaft sich auf immer neue Herausforderungen einstellen muss – politischer, aber auch finanzieller Natur.

+ GRUNDLAGEN EINER STABILEN INTERNATIONALEN FINANZARCHITEKTUR

Finanzminister, Notenbanken und Bankaufsichtsbehörden haben daher Reformen der globalen Finanzarchitektur in Angriff genommen. Sie zielen auf eine wirksamere Krisenvorbeugung. Im Zentrum stehen dabei die dauerhafte Stabilität der Weltfinanzen, aber auch der Weltwirtschaft und der politischen Systeme. Hierfür haben einzelne Staaten oder Staatenverbände ihre Finanzmarktaufsicht gestärkt, die Banken einem Stabilitätscheck unterzogen und die Transparenz von Finanzprodukten erhöht. „Finanzarchitektur“ ist ein Sammelbegriff für historisch gewachsene und neu gegründete Institutionen und Regelwerke, die in diesem Kapitel vorgestellt werden. Sie definieren und überwachen die gemeinsamen Spielregeln der internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen.

Quelle: Text nach: „Sozialpolitik“, Grundwissen soziale Globalisierung

+ G7 UND G20: INTERNATIONALE FOREN FÜR FINANZEN, WIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG

Die Gruppe der Sieben (G7) und die Gruppe der Zwanzig (G20) sind zentrale Foren, in denen sich die führenden Industrie- und Schwellenländer über ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik abstimmen. Die Gruppen sind informell: Anders als nationale Gesetze oder Beschlüsse der Vereinten Nationen, sind die Gipfelerklärungen der G7 und der G20 völkerrechtlich nicht bindend. Dennoch sind die Absichtserklärungen der finanzkräftigsten Volkswirtschaften und Schwellenländer ein mächtiges Instrument der Weltpolitik und eine wichtige Plattform, um gemeinsame Lösungen für globale Herausforderungen zu diskutieren.

+ ZIELE UND THEMEN DER G20

- » **Weltwirtschaft/Handel:** Stabilität, Verringerung der Verschuldung, Wirtschaftsreformen für Wohlstand und Wachstum, grenzüberschreitender Handel
- » **Finanzen:** Stabilisierung durch Aufsicht und Regulierung
- » **Beschäftigung:** Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Frauen, junge Menschen und Zuwanderer, Arbeitsbedingungen weltweit verbessern
- » **Internationale Steuerkooperation:** Förderung der Steuerehrlichkeit, Schlupflöcher zur Steuervermeidung schließen
- » **Klima und Energie:** Begrenzung der Erdenwärmung, Energieversorgung weltweit sicherstellen, erneuerbare Energien
- » **Agenda 2030, UN-Nachhaltigkeitsziele:** Umweltschutz, Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und soziale Gerechtigkeit insbesondere für die Schwächsten
- » **Digitalisierung:** Digitale Bildung verbessern, Datenschutz und IT-Sicherheit, Digitalisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern
- » **Stärkung von Frauen:** Gleichberechtigung fördern
- » **Bekämpfung von Fluchtursachen:** Schutz für Flüchtlinge ausbauen
- » **Partnerschaft für Afrika:** Rahmenbedingungen für Investitionen vor Ort verbessern
- » **Terrorismusbekämpfung:** Terrorismusfinanzierung stoppen
- » **Ernährungssicherung:** Welternährung, Hungerbekämpfung, Agrarproduktion



+ DAS ALLES IST „FINTECH“

Der Begriff „FinTech“ setzt sich aus den Wörtern Finanzdienstleistungen und Technologie zusammen. Unter Finanztechnologie versteht man Anwendungssysteme und Technologien für Finanzdienstleistungen. Zum Beispiel:

- » **Kreditvergabe per Crowdfunding:** Kleinbeträge der Crowd ermöglichen es, anderen Kredite zu gewähren. Ein mathematischer Algorithmus überprüft aus Tausenden Online-Daten die Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer und berechnet daraus den Zinssatz.
- » per **Handy-App Geld senden:** Taxi bestellen und per App bezahlen, etc.
- » **Mobiles Banking (Girokonto)** per Smartphone-App
- » **Aktienhandel:** Eine Software bietet ein Aktienportfolio an. Die Software benachrichtigt den Nutzer automatisch, wenn die Aktien fallen oder steigen.
- » **Spenden:** Mit einem Bezahlungssystem werden Beträge automatisch an Hilfsorganisationen weitergeleitet, zum Beispiel über einen QR-Code aus einer Anzeige.

+ FINANCE 4.0: DIGITALISIERUNG DER FINANZMÄRKTE

Wenn Tom den Bandkassen-Beitrag mit einer App währungs- und staatenübergreifend mit einem Fingerwisch überweist, ist er mittendrin in der digitalen Finanzwelt. Der klassische Finanzmarkt als Handelsplatz von Geld, Währungen, Aktien, Wertpapieren, Kreditgeschäften oder Kontoführung ist längst von der Digitalisierung erfasst worden – und diese entwickelt sich mit enormer Dynamik weiter. Finanztechnologien und Softwaresysteme, die mit künstlicher Intelligenz gesteuert werden, können äußerst effektiv sein. Aber man benötigt „Spielregeln“ – ein gemeinsames, internationales Regelwerk, um den Chancen und Herausforderungen dieser Entwicklung gerecht zu werden.

INTERNATIONALE FINANZAUF SICHTS- INSTITUTIONEN

Weltbank

Multinationale Entwicklungsbank

- » Förderung der Wirtschaft von weniger entwickelten Mitgliedstaaten
- » Darlehen und andere Hilfen für Schwellen- und Entwicklungsländer

G7 und G20

- » Zusammenschluss der sieben beziehungsweise 20 führenden Wirtschaftsnationen und Schwellenländer
- » Gemeinsame Abstimmung über finanz- und wirtschaftspolitische Fragen

Finanzstabilitätsrat

(Financial Stability Board, FSB)

- » Beurteilung von Gefährdungssituationen und Empfehlungen für Gegenmaßnahmen
- » Beratung: Marktentwicklungen, Regulierungsmaßnahmen, internationale Standards

Basel-Regelwerk – Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

- » Standards für Bankenaufsicht
- » Banken müssen genügend Eigenkapital/Geldreserven aufbauen, um zahlungsfähig zu sein.
- » verbessertes Risikomanagement
- » Bessere Standards bei der Aufsicht der Banken

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- 35 demokratisch regierte, wirtschaftlich entwickelte Mitgliedstaaten
- » Ziel: optimale Wirtschaftsentwicklung, hoher Beschäftigungsstand und steigender Lebensstandard in Mitgliedstaaten
- » bessere Lebensbedingungen schaffen
- » Analysen, Ländervergleiche, Forschung und Politikempfehlungen

Internationaler Währungsfonds (IWF)

- » Sicherung der globalen Finanzstabilität
- » Vergabe von Finanzhilfen an Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen
- » Beratung zu Politikmaßnahmen für makroökonomische Stabilität und Wirtschaftswachstum
- » Bereitstellung von technischer Hilfe zur Kapazitätsentwicklung

Quelle: „Über uns“-Infos von den Websites der jeweiligen Institutionen



Welche Vorteile und welche Nachteile bringt die Digitalisierung des Finanzwesens? Sammelt Aspekte, die ihr tendenziell positiv (+) oder negativ (-) bewertet. Überlegt dabei: Unter welchen Umständen ist die Entwicklung positiv, und wie könnte man negative Auswirkungen eventuell entschärfen? Diskutiert anschließend in der Klasse.



WEITERKLICKEN

Das Dossier „Finanzmärkte“ der Bundeszentrale für politische Bildung bietet ausführliche Infos zu den Akteuren und Strukturen auf dem Kapitalmarkt: www.bpb.de
► Politik ► Wirtschaft ► Finanzmärkte

WOW • SCHON GEWUSST?

FINANZMÄRKTE

- » **Finanzmarkt** ist der Oberbegriff für alle Märkte, auf denen Handel mit Kapital betrieben wird.
- » Finanzmärkte funktionieren ähnlich wie Märkte, an denen Güter gehandelt werden. Die Handelsgüter sind Finanzinstrumente wie Aktien oder Staatsanleihen.
- » Treffpunkt der Händler auf Finanzmärkten sind die Börsen (lateinisch: *bursa* für „Ledertasche, Geldsäckchen“)
- » Die Preise sind **Zinsen** auf Kredite oder die **Börsenkurse**.
- » Die Preisbildung bei Finanzprodukten richtet sich nach der Erwartung einer **zukünftigen Entwicklung** – zum Beispiel Gewinne eines Unternehmens, das Aktien ausgegeben hat.
- » Der Handel an den Finanzmärkten ist spekulativ, da es zu Fehleinschätzungen kommen kann.

VON ABKOMMEN UND STEUEROASEN

Toms Vater wird von seinem Arbeitgeber für ein Jahr nach Boston geschickt. Doch wie läuft das dann dort mit den Steuern? Das Gehalt von Toms Vater ist in den USA nach US-Recht steuerpflichtig, weil er dort arbeitet. Da er jedoch weiterhin seinen Wohnsitz in Deutschland behält, bleibt er auch hier steuerpflichtig. Muss er jetzt zweimal Steuern zahlen?



+ INTERNATIONALE STEUERABKOMMEN

In einer globalisierten Welt endet Steuerpolitik nicht an der Staatsgrenze. Wenn Arbeitnehmer im Ausland tätig sind oder Unternehmen in mehreren Staaten gleichzeitig produzieren, sind weitreichende steuerliche Regelungen nötig. Damit Einkünfte nicht doppelt besteuert werden, zum Beispiel am Wohnsitz/Firmensitz des Arbeitnehmers/Unternehmens und gleichzeitig am Ort der Tätigkeit, sind internationale Absprachen nötig. Auch Deutschland hat mit vielen Staaten Steuerabkommen vereinbart. Ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) etwa regelt, welcher der am Produktionsprozess beteiligten Staaten das Recht erhält, die Einkünfte des Unternehmens oder von Arbeitnehmern wie Toms Vater zu besteuern. Der versteuert sein Gehalt in den USA, Deutschland verzichtet auf die Besteuerung.

+ DIE „STEUERVERMEIDER“

Manche Großunternehmen vermeiden Steuern, indem sie ihren Firmensitz einfach verlegen. In Ländern mit moderaten oder niedrigen Steuersätzen – in Europa zum Beispiel die Niederlande oder Irland – erwirtschaften sie hohe Gewinne, weil sie auf ihre Einkünfte nur minimale Steuern zahlen. Das Konzept der Steuervermeidung betreiben vor allem global agierende Konzerne wie Apple und Amazon, Google, Starbucks oder IKEA. Dadurch verlieren die Volkswirtschaften weltweit riesige Summen. Geld, mit dem man Schulen sanieren, Pflegepersonal einstellen oder Brücken reparieren könnte. Dagegen haben Unternehmen, die ihren Sitz in Ländern mit höherem Steuersatz haben, einen gravierenden Wettbewerbsnachteil.

+ DIE SCHWIERIGKEITEN...

- » Steuervermeidung ist eine Finanzakrobatik mit unzähligen verdeckten Winkelzügen und Gewinnverschleierungen. Sie ist oftmals völlig legal – aber nicht immer. Den Firmen ist also schwer beizukommen.
- » Niedrigsteuerländer verdienen Geld an „Steuerflüchtlingen“ und haben wenig Interesse, dass sich das ändert. Motto: Lieber einen Weltkonzern im Land, der 5 Prozent Steuern zahlt, als gar keinen. Durch diese Praxis kann ein Steuerdumping-Wettbewerb der Staaten entstehen.

+ ...UND EIN LÖSUNGSANSATZ

- » Das **BEPS-Projekt** „Base Erosion and Profit Shifting“ („Gewinnverkürzung“ und „Gewinnverlagerung“): Die Staaten der G20, der OECD sowie Entwicklungs- und Schwellenländer entwickeln im BEPS-Projekt Pläne, um gegen den schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und aggressive Steuerplanung international tätiger Konzerne vorzugehen.

WOW • SCHON GEWUSST?

„OH WIE SCHÖN IST PANAMA!“ DIE SCHATTENWELT DES GROßEN GELDES

Im Jahr 2016 hat ein internationales Netzwerk von Investigativjournalisten die Ergebnisse eines der größten Datenlecks der Geschichte veröffentlicht: Die Panama Papers. Aus ihnen geht hervor, in welchem Ausmaß Prominente, Sportfunktionäre und Politiker von sogenannten Briefkastenfirmen in Offshore-Steuer-oasen profitiert haben. „Offshore“ meint dabei keine Insel, sondern im übertragenen Sinn Finanzplätze außerhalb der üblichen Rechtsnormen. Den Panama Papers folgten 2017 die Paradise Papers. Sie enthüllten, wie Steueroasen weltweit dazu genutzt werden, um Steuern zu vermeiden und Vermögen zu verschleiern.

EINE VERNETZTE WELT GESTALTEN

STABILITÄT SICHERSTELLEN

Weltwirtschaft

- » Stabilität der Weltwirtschaft vorausschauend stärken
- » Verschuldung senken
- » Wirtschaftsreformen einleiten, um Wachstum und Wohlstand zu erhöhen

Beschäftigung

- » Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Frauen, junge Menschen und Zuwanderer
- » Arbeitsbedingungen weltweit verbessern

Internationale Steuerkooperation

- » Förderung der Steuerehrlichkeit
- » Schlupflöcher zur Steuervermeidung schließen

ZUKUNFTSFÄHIGKEIT VERBESSERN

Klima und Energie

- » Begrenzung der Erderwärmung (Pariser Klimaabkommen)
- » Energieversorgung weltweit sicherstellen
- » Erneuerbare Energien

Agenda 2030

- » UN-Nachhaltigkeitsziele: Umweltschutz, Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und soziale Gerechtigkeit insbesondere für die Schwächsten

Digitalisierung

- » Digitale Bildung verbessern
- » Datenschutz und IT-Sicherheit
- » Digitalisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern

Globale Gesundheit

- » Gesundheitssysteme stärken, um ansteckende Krankheiten wirksamer zu bekämpfen (z.B. Ebola)
- » Krankenversicherungssysteme weltweit fördern

Stärkung von Frauen

- » Gleichberechtigung fördern
- » Besserer Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie
- » Erwerbstätigkeit von Frauen fördern

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Bekämpfung von Fluchtursachen

- » Krisenregionen stabilisieren
- » Globalisierung zum Nutzen aller gestalten

Partnerschaft mit Afrika

- » Infrastruktur ausbauen
- » Mehr Arbeitsplätze schaffen
- » Rolle von Frauen stärken
- » Leistungsfähigere Gesundheitssysteme aufbauen

Terrorismusbekämpfung

- » Geldwäsche bekämpfen, um die Terrorismusfinanzierung zu stoppen
- » Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung erhöhen

Maßnahmen gegen Korruption

- » Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung
- » Rechtliche Schlupflöcher schließen

Landwirtschaft und Ernährungssicherung

- » Produktivität steigern ohne Übermaß an Bewässerung
- » Jugendbeschäftigung und Innovation im ländlichen Raum steigern

Quelle: Bundesregierung; nach: G20-Gipfelerklärung 2017

+ ZIELE DES BEPS-PROJEKTS

- » Die Künstliche Verlagerung von Geldern und das Umsiedeln von Firmensitzen allein mit dem Ziel, Steuern zu sparen, sollen nicht mehr möglich sein.
- » Unternehmen sollen dort besteuert werden, wo sie tätig sind und Gewinne erzielen – und nicht nur am Firmensitz.
- » Der Steuerwettbewerb zwischen den Staaten soll eingeschränkt werden.



Die internationalen Bemühungen um Stabilität auf den Finanzmärkten wurden seit der Finanzkrise von 2008 erheblich verstärkt.

Was ist damals passiert und welche Gegenmaßnahmen hat man ergriffen?

Recherchiert dazu und setzt diese mit dem Schaubild zu den internationalen Institutionen zur

Finanzaufsicht in Beziehung. Informiert euch bei der Bundeszentrale für politische Bildung:

www.bpb.de ► **Nachschlagen**

► **Zahlen und Fakten**

► **Globalisierung / Finanzmärkte**

► **Finanz- und Wirtschaftskrise**



Erklärvideos helfen, die komplexen Zusammenhänge der internationalen Finanz- und Steuerpolitik zu verstehen.

Die simpleshow erklärt:

Steueroasen



Steuerflucht einfach erklärt:



EINFACH ERKLÄRT: BEGRIFFE AUS DER FINANZ- UND STEUERPOLITIK

ABGABEN (Seiten 4, 5, 6)

Oberbegriff für materielle Zahlungen an Institutionen, mit denen bestimmte Leistungen verbunden sind, etwa Sozialversicherungsbeiträge, die man zahlen muss, damit man sozialversichert ist

ARBEITSMARKTPOLITIK (20)

sämtliche Maßnahmen zur (staatlichen) Regulierung und Förderung des Arbeitsmarktes

BINNENMARKT IN DER EU (26)

Die Gesamtheit aller wirtschaftlichen Angebote und Nachfragen innerhalb der Grenzen der Europäischen Union

BÖRSENKURS (31)

an der Börse festgestellter Preis einer Ware (zum Beispiel Erdöl, Gold) oder eines Wertpapiers (zum Beispiel einer Aktie)

BRUTTOINLANDSPRODUKT (6)

Wirtschaftsleistung eines Landes, gemessen am Gesamtwert aller in diesem Land hergestellter Waren und Dienstleistungen, wobei hierbei lediglich die Endprodukte betrachtet werden

BRUTTOPREIS (14)

Preis für eine Ware, einschließlich der Umsatzsteuer auf diese Ware

BUDGETRECHT (7)

Entscheidungsrecht darüber, Haushaltspläne aufzustellen; also das Recht darüber zu entscheiden, auf welche Weise Geld eingenommen und wofür Geld ausgegeben wird

BUNDESHAUSHALT (5)

Gesamthaushalt der Bundesrepublik Deutschlands, das heißt sämtliche Einnahmen und Ausgaben des deutschen Staates

DEMOKRATISCHER RECHTSSTAAT (6)

Staat, in dem die Volksvertreter direkt oder indirekt gewählt werden und in dem sich die staatlichen Organisationen und Behörden an ein geltendes Recht, also an vorher festgelegte und damit geltende Regeln und Gesetze, halten müssen

DIREKTE STEUER (14)

Steuer, die der Steuerzahlende selbst ohne Umwege an den Staat bezahlt, zum Beispiel die Kfz-Steuer, die jemand, der ein Auto besitzt, direkt an den Staat zahlt

EINKOMMENSTEUER (12)

Steuer, die auf das Einkommen erhoben und auch direkt vom Einkommen abgezogen wird

EUROPÄISCHER STABILITÄTSMECHANISMUS (ESM) (27)

Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg, welche überschuldete Mitgliedstaaten der EU durch günstig verzinste Kredite und Bürgschaften unterstützt; Voraussetzung hierfür ist die Einhaltung einer auf Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum abzielenden Finanzpolitik dieser Staaten.

FISKALREGELN (8)

gesetzliche Regelungen der Ausgaben und der Verschuldung eines Landes, meist in Form einer Einschränkung der Neuverschuldung

FINANZMARKT (31)

Oberbegriff für alle Märkte, auf denen Handel – bestehend aus Angebot und Nachfrage – mit Kapital betrieben wird, vor allem mit Geld und Wertpapieren

GENERALDEBATTE (7)

Bezeichnung für eine regelmäßig stattfindende Sitzung des Bundestages, in welcher die Politik der Bundesregierung diskutiert wird; insbesondere die Opposition nutzt diese Gelegenheit meist, um auf Schwächen der regierenden Parteien aufmerksam zu machen.

GESAMTDECKUNGSPRINZIP (17)

Idee, dass Steuern nicht zweckgebunden sind, sondern sämtliche Steuern dazu dienen sollen, um sämtliche Staatsausgaben damit zu finanzieren; welche und wie viel Steuergelder für welche Aufgaben ausgegeben werden, entscheidet sich nach dem Bedarf.

GESETZLICHES SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM (24)

Das System aus verschiedenen gesetzlichen Versicherungen, die gemeinsam die gesetzliche Sozialversicherung bilden; es besteht in Deutschland aus fünf Zweigen, die der sozialen Absicherung dienen sollen: Arbeitslosenversicherung, Gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Deutsche Rentenversicherung, Gesetzliche Unfallversicherung.

INDIREKTE STEUER (14, 17)

Hierbei zahlt eine Person oder ein Unternehmen eine Steuer nicht direkt an den Staat – zum Beispiel die Umsatzsteuer: Diese wird vom Finanzamt beim Händler eingezogen. Tatsächlich aber wird sie vom Käufer bezahlt. Das geschieht, indem der Händler zuvor schon alle Preise um die Umsatzsteuer erhöht hat. Kauft man etwas, bezahlt man die Umsatzsteuer gleich mit.

INFLATION (27)

Man spricht von Inflation, wenn sich die Preise für die Mehrzahl aller Waren und Güter kontinuierlich erhöhen.

KONSOLIDIERUNG (8)

erklärtes Ziel einer langfristig funktionierenden Haushaltspolitik eines Staates, zum Beispiel immer weniger neue Schulden bzw. keine neuen Schulden mehr zu machen

LOHN (VS. GEHALT) (4))

Der Lohn ist eine nach Stunden berechnete Bezahlung für eine geleistete Arbeit; der Monatslohn richtet sich nach den geleisteten Arbeitsstunden und kann von Monat zu Monat unterschiedlich ausfallen – das feste Gehalt eines Arbeitnehmers oder Beamten bleibt eher jeden Monat gleich.

LOHNSTEUER (5)

Steuer, die auf den Lohn erhoben und auch direkt von diesem abgezogen wird; Form der Einkommensteuer

NETTOPREIS (14)

Preis für eine Ware ohne die Umsatzsteuer auf diese Ware

REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE (6)

Staatsform, in der das Volk Vertreter (sogenannte Repräsentanten) wählt, welche als Abgeordnete politische Sachentscheidungen treffen; eine andere Form der Demokratie wäre die Direkte Demokratie, in der politische Entscheidungen durch Volksabstimmungen getroffen werden.

RESSORT (7)

Abteilung mit einem fest umrissenen Aufgaben- bzw. Zuständigkeitsbereich; in der Politik häufig die Bezeichnung für den Zuständigkeitsbereich der Ministerien

SCHULDENREGEL UND „SCHULDENBREMSE“ (8)

Gesetze, die dazu geschaffen wurden, um die Verschuldung eines Staates auf Dauer einzuschränken; sie besagen, dass die Verschuldung des Bundes nur noch eine Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen darf – umgangssprachlich häufig auch als „Schuldenbremse“ bezeichnet

STABILITÄTSRAT (7)

Gremium aus Bundes- und Landesvertretern, welches für den Haushalt des Bundesrepublik Deutschland und der einzelnen Bundesländer verantwortlich ist

STEUERN (4)

vom Staat erhobene Zahlungen für das Allgemeinwesen, die nicht an eine bestimmte Leistung gebunden, also nicht zweckgebunden sind

STEUERPOLITIK (20)

sämtliche Maßnahmen zur (staatlichen) Regulierung und Festsetzung der Steuern

STEUERQUOTE (6)

prozentualer Anteil der von einem Staat eingenommenen Steuern am Bruttoinlandsprodukt

STEUERTRÄGER (14)

derjenige, der eine Steuer direkt oder indirekt zahlt

SOZIALE ABSICHERUNG (5)

Schutz vor den Folgen von Ereignissen, die den eigenen sozialen Status oder den Status der Familie stark gefährden können; zum Beispiel Krankheit, Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit

SOZIALPOLITIK (20)

(staatliche) Maßnahmen, um die sozialen Verhältnisse innerhalb eines Staates zu verbessern; beinhaltet insbesondere die Förderung sozial benachteiligter Gruppen sowie wichtige Regelungen im Versicherungswesen

VERBRAUCHSTEUER (14, 17)

Steuer auf einzelne, zum Verbrauch bestimmte Waren (zum Beispiel Tabak, Alkohol); durch Verteuerung bestimmter Produkte kann der Staat das Kaufverhalten der Verbraucher beeinflussen.

VERKEHRSTEUER (14)

Steuer, die auf den Rechtsverkehr bei einem Kaufvorgang erhoben wird.

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION (WWU) (26, 28)

wirtschaftliche Zusammenschlussvereinbarung der Länder in der Europäischen Union; Hauptziel ist die Stärkung des Binnenmarktes der EU mit einer gemeinsamen und stabilen Währung: dem Euro.

ZINSEN (31)

Abgaben, die auf geliehenes Geld erhoben werden; Zinsen berechnen sich meist nach einem bestimmten, vorher festgelegten Prozentsatz auf die Gesamtmenge an Geld, die der Schuldner seinem Gläubiger schuldet.



Das Bundesministerium der Finanzen (BMF)



Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zählt wegen seiner wichtigen Aufgaben zu den Schlüsselressorts. Der bekannteste Arbeitsbereich des Finanzministeriums ist die Aufstellung des Bundeshaushalts.

Wichtige Aufgaben des BMF sind:

- » Steuerpolitik
- » Haushaltspolitik
- » Europapolitik
- » Finanzmarktpolitik
- » Zoll
- » Bundesvermögen
- » Münzwesen und Herausgabe von Briefmarken